Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post frei Haus 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I, Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 107. **Halle a. S., Freitag, den 5. März.** **1909.**

Die Annahme des Kompromisses.

Nachdem, wie schon kurz gemeldet, die linksliberale Fraktionsgemeinschaft, wenn auch unter Vorbehalt, auf den Boden des Kompromisses getreten ist, konnte die Reichspartei ihren bisherigen Antrag Gamp als erledigt betrachten. Die Mitglieder der Finanzkommission fanden daher gestern bei ihrem Eintritt in das Kommissionszimmer eine Drucksache vor, die unter den Namen der Abgg. Freiherr v. Gamp und Dr. Arendt (Rp.)

die Kompromißfassung

an Stelle des in der vorgestrigen Sitzung der Kommission verhandelten Antrags Gamp enthält. Dieser nunmehrige Blockantrag hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Die Bundesstaaten haben nach Maßgabe dieses Gesetzes an das Reich eine Abgabe zu entrichten, die vom Besitze erhoben wird (Besitzsteuer) und in dem vom Bundesrat zu bestimmenden Fristen abzuführen ist.

§ 2.

Der Gesamtbetrag der zu entrichtenden Abgabe wird alljährlich durch den Reichshaushaltsetat bestimmt; er darf bis zum 1. April 1914 die Summe von 100 Millionen Mark nicht überschreiten. Zu dem bezeichneten Zeitpunkt und weiter von fünf zu fünf Jahren kann der Höchstbetrag erhöht werden, jedoch um nicht mehr als fünf vom Hundert des für den vorhergehenden Zeitraum bestimmten Höchstbetrages.

§ 3.

Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund der Ergebnisse der Veranlagung zu Einkommen-, Vermögens- und sonstigen Besitzsteuern vom Bundesrate nach einheitlichen Grundsätzen festzustellen. Die Unterlagen hierfür sind von den Bundesstaaten nach näherer Anordnung des Bundesrates zu beschaffen. **Alle fünf Jahre findet eine neue Feststellung statt.**

§ 4.

Die auf die einzelnen Bundesstaaten entfallenden Beträge dürfen nur durch allgemeine Steuern auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften aufgebracht werden. In den Staaten, in denen weder eine allgemeine Einkommensteuer noch eine allgemeine Vermögenssteuer besteht, sind als Vermögenssteuer auch Ertragssteuern von Grund- und Gebäudebesitz sowie vom Kapital anzusehen, sofern sie in Verbindung miteinander erhoben werden.

Einkommen bis zu 3000 Mark sowie solche Vermögen, die nach Abzug der Schulden den Betrag von 20 000 Mark nicht erreichen, sind von der Steuer freizulassen. Die Besteuerung der Erbschaften darf nur nach Maßgabe der §§ 59, 60 des Erbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 erfolgen.

§ 5.

Soweit die Beträge nicht durch neue Steuern der im § 4 bezeichneten Art erhoben werden, sind sie durch Zuschläge zu bestehenden Steuern dieser Art aufzubringen. Für Bundesstaaten, in denen Landesgesetze, die eine solche Regelung sicherstellen, nicht rechtzeitig erlassen werden, bestimmt der Bundesrat, daß und in welcher Weise Zuschläge zu den bestehenden Steuern der in § 4 bezeichneten Art erhoben werden müssen.

§ 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft mit der Maßgabe, daß die Erhebung der Besitzsteuer spätestens vom 1. April 1911 ab erfolgt.

Die Beratung der Kommission beginnt unter starker Anteilnahme auch der Kommission nicht zugehöriger Abgeordneten. Wie schon in den letzten Sitzungen ist als Vertreter des Reichskanzlers Unterstaatssekretär v. Löbell anwesend.

Die Debatte

wird eröffnet durch einen Vertreter der Sozialdemokraten. Er sieht in dem Kompromißantrag den Verzicht auf die Besitzsteuer. Wenn bei 3000 Mark Einkommen als Untergrenze auch der Arbeiter nicht getroffen werde, so doch der Mittelstand. Nunmehr seien auch die Freisinnigen zu Kreuze gekrochen. Einen Schimmer von Hoffnung, daß dieses Kompromiß schließlich doch noch scheitere, böten die gestrigen Erklärungen der Vertreter der Einzelstaaten.

Schatzsekretär Sydow lehnt die Auffassung ab, als ob die Sozialdemokratie in Steuersachen d'accord mit der Regierung sei, und verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er umgefallen sei.

Nunmehr nimmt Frhr. v. Gamp zur Vertretung des Kompromißantrages das Wort. **Die Rechte habe sich nur sehr schwer entschlossen, die Einkommen bis zu 3000 Mark gänzlich frei zu lassen.**

Abg. Dr. Wiemer

gibt für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft folgende, bereits telegraphisch kurz mitgeteilte, Erklärung ab:

Nach Ablehnung der Nachlaßsteuer und der Reichsvermögenssteuer setzen wir den jetzt vorgeschlagenen Antrag, nach welchem die Bundesstaaten für die Zwecke des Reiches eine Abgabe durch Besteuerung des Besitzes aufzubringen haben, als eine Grundlage für weitere Verhandlungen an und erklären uns bereit, zu diesem Zwecke diesen Entwurf in der ersten Lesung der Kommission unter dem ausdrücklichen Vorbehalt unserer späteren Entschließungen vorläufig anzunehmen. Wir behalten uns vor, auf Nachlaßsteuer und Vermögenssteuer zurückzukommen. Wir erkennen die Gründe, die für ihre Ablehnung vorgebracht worden sind, nicht als berechtigt an. Mit allen Einzelheiten des Antrages Gamp sind wir nicht einverstanden. Wir stellen die strittige Frage einstweilen zurück, bis zu übersehen sein wird, wie sich diese Steuer in den Rahmen des Ganzen einfügt. Die Auffassung der „Liberalen Korrespondenz" ist weder für die Fraktionsgemeinschaft noch für eine einzelne Partei innerhalb derselben maßgebend.

Auch die Wortführer der Nationalliberalen und der wirtschaftlichen Vereinigung geben mit Vorbehalten die Erklärung ab, daß sie dem Kompromißantrage zustimmen.

Der Schatzsekretär erklärt, er sei nicht in der Lage, Stellung zu dem Antrage zu nehmen, da ein Beschluß des Bundesrats nicht vorliegt. Der Bundesrat pflegt aus guten Gründen einen Beschluß abzuwarten. Die Bedenken, die gegen den früheren Antrag Gamp bestanden, sind auch jetzt nicht beseitigt. Es soll eine erste Hypothek für 100 Millionen eingetragen werden. Ich sehe aber darin den Willen und die Absicht, einen erheblichen Betrag an direkten Steuern vorläufig festzustellen, um weiter zu kommen. Dem Bundesrat muß seine Stellungnahme vorbehalten bleiben.

Die gleiche Erklärung gibt der Vertreter Bayerns ab.

Der Zentrumsredner ist der Meinung, daß alles ungeregelt bleibe. Dem milderen Antrage Gamp gegenüber hatte der Vertreter Bayerns nur eine scharfe Absage. Der Wind muß über Nacht völlig umgeschlagen sein.

Ein zweiter Vertreter der Freisinnigen erläuterte den Kompromißantrag in einer wesentlichen Bestimmung. Er legte dar, daß von einer Bindung des Budgetrechts nicht die Rede sein könnte, da ja

die Matrikularbeiträge unbeschränkt aufrecht erhalten

bleiben. Die Beseitigung der §§ 4 und 5 des Kompromißantrages würde den Gesetzentwurf unannehmbar machen, da damit die Gewähr für die Abwälzung auf die leistungsfähigen Schultern beseitigt wäre. Hier habe der Partikularismus dem Zentrum einen bösen Streich gespielt. Wir werden in der zweiten Lesung an eine Verbesserung der Basis durch Erhöhung der Mindestsätze bei den Einkommen herantreten. Schon jetzt würden 95 Prozent der Einkommensteuerzensiten in Preußen befreit sein, sowie 48 Prozent der Vermögenszensiten. Im übrigen behalten die Freisinnigen sich ihre Stellungnahme gegenüber der Erbschaftsbesteuerung, den indirekten Steuern sowie gegenüber den Einzelheiten des Kompromißantrages selbst vor.

Ein Vertreter des Zentrums erklärt, der Kompromißantrag sei für ihn und seine Freunde unannehmbar.

Nach kurzer weiterer Aussprache kam man dann zu der bereits gemeldeten Abstimmung.

*

Die „Kölnische Zeitung" gegen das Kompromiß.

Die „Köln. Ztg." schreibt zu den Mitteilungen über das Kompromiß der Viermännerkommission folgendes:

„Ein derartiges Kompromiß würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als eine Vernichtung der Finanzhoheit der Einzelstaaten, es würde an Stelle der Matrikularbeiträge, die jeder aufbringen kann, wie er will, Matrikularbeiträge setzen, deren Aufbringung das Reich nach allgemeinen Grundsätzen vorschreibt, ohne Rücksicht auf die finanzielle Landesgesetzgebung, ohne Rücksicht darauf, daß die kleineren Bundesstaaten damit zu einer Besteuerung gezwungen werden könnten, die ihre wenigen reichen Leute zur Abwanderung in andere Bundesstaaten veranlassen müßte. Der Schlußsatz des angeblichen Kompromißvorschlages ist einfach eine verfassungsrechtliche Ungeheuerlichkeit, ob deren Größe jedem deutschen Staatsrechtslehrer jedenfalls die Haare zu Berge stehen werden. Wir können weder von den Freisinnigen noch von den Nationalliberalen annehmen, daß sie ein so geartetes Kompromiß mitmachen. Wir glauben aber auch nicht, daß irgend ein deutscher Finanzminister, selbst nicht der in puncto Rachlaßsteuer zum Paulus gewordene Herr v. Rheinbaben, einen derartigen Weg zur Vermögensbelastung innerhalb der Reichsfinanzreform gehen wird. Das ewige hin und her der Reichsfinanzreform hat längst in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes den sehnlichsten Wunsch nach einer starken Reichsregierung geweckt, die weiß, was sie will, und den Weg, den sie als den rechten erkannt hat, beibehält, ohne Rücksicht auf agrarische Drohungen und ohne Wegweiser, deren Ratschläge bisher stets in Sackgassen schlimmster Art geführt haben."

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Aus Wilhelmshaven wird gemeldet: Der Kaiser unternahm heute morgen zwischen 8 und 9 Uhr einen Spaziergang am neuen Hafen. Um 9 Uhr verholte die „Deutschland" nach der Kammerschleuse.

Die in letzter Zeit wiederholt aufgetauchten Meldungen über eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Präsidenten Fallières beruhen nur auf privaten Kombinationen. Weder von deutscher noch von französischer Seite ist eine solche Zusammenkunft in Vorbereitung.

— Prinz Heinrich der Niederlande reiste gestern zum Besuch seines Onkels, des Fürsten von Bentheim, vom Haag nach Burgsteinfurt ab. Sodann begibt er sich zu kurzem Aufenthalt nach Berlin. Er wird Sonntag oder Montag nach dem Haag zurückkehren.

Ein Gehilfe des Kaisers.

Es wird in den weitesten Kreisen unbekannt sein, daß sich unser Kaiser eines Gehilfen erfreut, der ihm bei seiner sozialpolitischen Tätigkeit zur Seite steht. Es ist dies nicht etwa Bülow oder ein anderer hoher Beamter, sondern ein durchaus „unverantwortlicher Ratgeber", der Kaufmann Wilhelm Klingelhöfer in Frankfurt a. M. Man hätte von der Tätigkeit dieses Mannes vielleicht nie etwas erfahren, wenn er nicht in einer Petition an den Reichstag „um Erstattung von Auslagen für Se. Majestät dem Kaiser geleistete sozialpolitische Hilfe" gebeten.

Ein neuer Angriff auf den Reichskanzler

findet sich in einem kürzlich erschienenen Buche des bekannten sozialpolitischen Autors, Regierungsrat a. D. Martin, das den Titel führt

Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm.

Speziell die sog. Novemberrevolution v. J. benutzt der Verfasser zu seinem Vorgehen gegen den Fürsten Bülow. Es heißt da:

„Der unabhängige englische Schriftsteller E. Harold Spender ist der Verfasser des persönlichen Interviews des Kaisers, das niemals stattgefunden hat und am 28. Oktober 1908 im „Daily Telegraph" erschien. Am 21. August 1908 gab der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg dem englischen Schatzkanzler Lloyd George ein Diner. Unter den Anwesenden befanden sich der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Stemrich und E. Harold Spender, der, als Begleiter des englischen Schatzkanzlers an der sozialpolitischen Studienreise nach Deutschland teilgenommen hatte. Damals war soeben der offiziöse Artikel „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges" für die Septembernummer der „Deutschen Revue hergestellt worden. Der Artikel wurde am 1. September 1908 von der „Köln. Ztg." abgedruckt und enthielt die Behauptung, daß der Briefwechsel des Kaisers mit der Königin von England und dem Prinzen von Wales aus der Zeit des Burenkrieges wertvolle Aufschlüsse über die freundliche Haltung der deutschen Politik geben könnte....

Der Besitzer des Schlosses Highcliffe, der frühere Oberst und jetzige General Stuart Wortley bestreitet auf das entschiedenste, daß er dem Schriftsteller E. Harold Spender oder irgend einer anderen Person Mitteilungen über die Gespräche des Kaisers zum Zwecke der Veröffentlichung gemacht habe, und daß er von dem Kaiser die Genehmigung zur Veröffentlichung der Spenderschen Zusammenstellung kaiserlicher Aeußerungen eingeholt habe. **Sicher ist, daß der Kaiser im November und Dezember 1907 von Highcliffe aus über seine Tischunterhaltungen brieflich wiederholt dem Fürsten Bülow Mitteilung gemacht hat, und daß der Fürst Bülow in seinen Antwortbriefen mit dem Inhalt der kaiserlichen Mitteilungen an die englische Umgebung sein Einverständnis erklärte.** Wahr ist, daß der Kaiser in Gegenwart des Grafen Bülow während seines Aufenthaltes in Windsor und später in Sandringham in der Zeit vom 20. bis 28. November 1899 im Gespräch mit königlichen Verwandten und vor englischen Generalen und Admiralen wiederholt die beste Strategie im Burenkriege erörtert und betont hat, daß England zu einem endgültigen Erfolge mindestens einer Armee von 200 000 Mann bedürfe. Unrichtig ist aber die Geschichte von dem Kriegsplan. Unrichtig ist, daß die englische Regierung durch den Briefwechsel des Kaisers mit der Königin die Kenntnis von dem russischen Interventionsvorschlage erlangt habe. **Richtig ist, daß der Kaiser nach Empfang der Spenderschen Zusammenstellung seiner Aeußerungen bestimmten Befehl gab, der Reichskanzler solle persönlich diese Zusammenstellung prüfen und darüber berichten.** Wahr ist, daß der Kaiser Bedenken trug, während der Reichstagsverhandlungen am 10. und 11. November 1908 von Berlin abwesend zu sein und den Reichskanzler um seinen Rat fragte, der ihm von der Reise nach Donaueschingen nicht abriet.

Diese Aeußerungen und Handlungen des Kaisers während des Burenkrieges geschahen in vollem Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Grafen Bülow und erklären sich aus der Tatsache, daß Deutschland und England seit Mitte November 1899 in Verhandlungen oder richtiger Pourparlers über den Abschluß einer Entente cordiale sich befanden. Der Kaiser hat weder während des Burenkrieges noch in Highcliffe irgendwelche Aeußerungen oder Handlungen getan, die der Ausfluß eines persönlichen Regiments sind oder einen Eingriff in die amtliche deutsche Politik bedeuten. **Nicht der Kaiser, sondern der Kanzler hat den kaiserlichen Briefwechsel während des Burenkrieges in den Vordergrund der Ereignisse geschoben und dadurch den Kaiser exponiert.** Das die Intervention mitteilende Telegramm des Kaisers an den Prinzen von Wales wird bereits im Januar 1908 von dem dem Auswärtigen Amte nahestehenden, in Berlin lebenden englischen Journalisten J. L. Bashford im Londoner „Grand Magazine" erwähnt. Nur durch die Pflichtvergessenheit des Kanzlers ist diese Irrung entstanden, die lediglich in der Veröffentlichung eines gänzlich unwahren Tatbestandes besteht.... Ohne die Pflichtvergessenheit des Reichskanzlers, der die Spenderschen Zusammenstellung nicht las, aber genehmigte, wäre das persönliche Interview niemals erschienen.

Wir geben diese interessanten Enthüllungen wieder, ohne jedoch ihnen in all und jedem, wenigstens was die Verdächtigungen des Reichskanzlers anbetrifft, Glauben zu schenken. Die Wahrheit wird wohl, wie so oft, so auch hier wieder in der Mitte liegen.

Begnadigung des Leutnants v. Bismarck.

Der Fall des Leutnants v. Bismarck vom 3. Garde-Feldartillerie-Regiment, der wegen eines Straßenüberfalles durch den später zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilten Journalisten Richard Becker im Mai vorigen Jahres auf ehrengerichtlichen Spruch seines Offizierkorps mit schlichtem Abschied entlassen war, hat jetzt auf dem Gnadenwege seine befriedigende Lösung gefunden. Herr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0001

v. Bismarck ist durch Kaiserliche Kabinettsorder in die Kategorie der verabschiedeten Offiziere versetzt, d. h. militärisch rehabilitiert worden. Zugleich wurde ihm anheimgestellt, in einigen Monaten, zunächst als Reserveoffizier unter gleichzeitiger Kommandierung bei einem Truppenteil wieder in die Armee einzutreten.

Erzberger als „verdienstvoller" Dauerredner.

Matthias Erzberger ist sicherlich ein vielgewandter Mann, dem das Zentrum viel verdankt. Wie unschätzbar er aber unter Umständen für seine Fraktionskollegen werden kann, verrät das „Fränkische Volksblatt", dem ein süddeutscher Zentrumsabgeordneter sehr nahe steht, mit staunenswerter Offenherzigkeit. Es heißt in seinem Bericht über die Reichstagssitzung vom 24. Februar:

„Der gute Matthias Erzberger mußte sich übrigens heute an seinem Namenstage recht plagen, um durch öfteres Reden die Sitzung so lange hinauszuziehen, bis die süddeutschen Kollegen mit den nachmittags ankommenden Zügen eingetroffen waren. Sonst wäre die Sitzung schon nach 1½ Stunden zu Ende gewesen, und die Nachkommenden hätten 20 Mk. „ans Bein schmieren können".

Also hat Erzberger seine ganze Lungenkraft geopfert, damit die Fraktionsgenossen aus Süddeutschland nicht um ihre Tagegelder kamen. Eine neue Art des parlamentarischen Dauerredners, und nicht gerade die erfreulichste.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der neue Reichstagsabgeordnete für Bingen-Alzey, Frhrl. von Fechenbach-Landenbachscher Renteiverwalter, Stadt- und Hospitalrechner Philipp Uebel zu Dieburg, ist seit November 1905 Mitglied der hessischen Zweiten Kammer für den Wahlbezirk Starkenburg 8 (Lorsch-Zwingenberg). Uebel war bei den Reichstagswahlen 1903 und 1907 bereits als Kandidat des Zentrums in hessischen Wahlkreisen aufgestellt und ist auch der Vorsitzende des hessischen Bauernvereins. 1864 zu Dieburg geboren, widmete er sich dem Volksschullehrerberuf; er besuchte das Seminar in Bensheim, war von Ostern 1885 bis Frühjahr 1887 Schulverwalter in Vielbrunn im Odenw., legte im Herbst das Staatsexamen ab und verwaltete von 1887 bis 1894 als Lehrer die Schule in Ober-Abtsteinach. Im Herbste des Jahres 1894 übernahm Uebel die Aemter seines verstorbenen Vaters in Dieburg.

Deutscher Reichstag.

219. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März.

Am Tische des Bundesrats: **Kraetke.**
Präsident Graf **Stolberg** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Postetat und Fernsprechgebühren-Ordnung.

Abg. Dr. **Dröscher** (kons.):

Die Postverwaltung ist nicht nur ein Geschäftsbetrieb, der möglichst viel Ueberschüsse abwerfen soll. Sie ist auch ein Staatsinstitut, das den allgemeinen Interessen dienen soll. Bisher hat die Verwaltung ihre Pflichten gut erfüllt. Wir haben das Vertrauen zu ihr, daß sie den bisherigen Weg auch weiter gehen wird. Sparsamkeit ist notwendig, und die Verwaltung ist auch sparsam gewesen. Keinesfalls darf aber die Sparsamkeit erfolgen auf Kosten der Qualität unserer Posteinrichtungen und der Beamten. Die Zahl der Beamten muß allmählich verringert werden. Der Betrieb bedarf der Verbilligung. Anerkannt muß werden, daß die Verwaltung ihren Beamten zahlreiche Erleichterungen verschafft hat, Verminderung der Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs usw. Die Postdirektoren der großen Postanstalten sollten sich über solche Maßnahmen mehr verständigen. Die höhere Laufbahn muß vorläufig noch geschlossen bleiben, die Zulassung der mittleren Beamten in diese Karriere darf nur sehr vorsichtig erfolgen. Die Verwaltung sollte sich in eine Zentralinstanz, in Oberpostdirektionen und Betriebsämter als lokale Behörden gliedern, nach dem Beispiele der Eisenbahnverwaltung. Für weitere eigene Betriebe der Verwaltung sind wir nicht zu haben. Die Lieferungen müssen möglichst verteilt werden, so daß die Handwerker den Vorteil haben, nicht die großen Firmen. Zur Erhöhung der Einnahmen kann eine Revision der Gebühren ins Auge gefaßt werden. Freilich darf dadurch keine Verkehrserschwerung eintreten. Einer Verminderung des Briefportos können wir nicht zustimmen. Vielleicht können Nachnahmesendungen und Postaufträge verteuert werden. Die Gebühren für Postanweisungen über 600 Mark sind zu hoch. Bei den postlagernden Briefen macht sich ein großer Unfug breit. Man sollte nach dem Muster Belgiens postlagernde Briefe nur befördern, wenn sie einen vollen Namen als Adresse tragen. Die frühen Schalterstunden und den Postanweisungsverkehr am Sonntag sollte man ganz abschaffen. Wir danken dem Staatssekretär, daß er unsere Post zu dem besten Verkehrsinstitut der ganzen Welt gemacht hat. Wir hoffen, daß er noch lange zum Segen des Verkehrs und seiner Beamten wirken wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (Soz.):

Wenn Herr Dröscher sich hier als freiwilliger Regierungskommissar aufspielt, so ist das seine Sache. Wir teilen jedenfalls seine Ansicht über das Wirken des Staatssekretärs nicht; denn dieser hat leider einen Post-Bureaukratismus geschaffen, wie er sonst nirgends zu finden ist. Den Bedürfnissen des Verkehrs ist in keiner Weise Rechnung getragen, wenn auch Herr Dröscher alles schön und gut findet. Das Aufsichtspersonal kann erheblich verringert werden. Jetzt kommt auf vier, fünf Beamte immer eine Aufsichtsperson. In Düsseldorf herrschen z. B. charakteristische Zustände. Dort gibt es einen Direktor, einen Vizedirektor, einen Obersekretär usw., die täglich nur vier bis fünf Stunden Dienst haben. Dabei wird noch nicht einmal etwas erreicht. Eine Unterschlagung wurde z. B. gar nicht entdeckt, weil jeder Kontrollbeamte sich immer auf den anderen verließ. (Hört, hört! links.) Jetzt wird auch dort das Postgebäude auf Abbruch verkauft, obgleich es erst vor wenigen Jahren neu erbaut worden ist. Wo war da die Aufsicht? In Frankfurt a. M. müssen die Beamten, wenn sie das Zimmer verlassen wollen, stets den Grund angeben. Diese neugierige Frage ist doch, besonders dort wo Damen beschäftigt sind, wenig angebracht. (Heiterkeit.) Auch die Geldstrafen sind hier sehr erheblich, weil ein strenger Herr das Regiment führt. Die Arbeitszeit ist mehr als hoch. Beim Telegraphenamt kommen die Beamten bis auf 67½ Stunden in der Woche. Recht schlecht kommen bei der Postverwaltung die Scheuerfrauen weg. Die Portofreiheit der Landesfürsten ist ein alter Zopf. Noblesse oblige! Die Herren sollten freiwillig darauf verzichten. Statt dessen nützen sie aber die Sache noch geschäftlich aus. In einer thüringischen Residenz übergab der Hofmarschall der Inhaberin eines Modewarengeschäfts ein ganzes Bündel abgestempelter Telegrammformulare, damit sie telegraphisch Stoffproben für den Hof bestellen konnte. Die Meierei des Großherzogs von Oldenburg liefert täglich unzählige Butterfässer portofrei auf. Auch die Einladungen zu den Jagden werden portofrei versendet. Ebenso werden die großherzoglichen Böcke portofrei nach Hamburg geschickt. Als die Presse seiner Zeit feststellte, daß der Bau der Hohkönigsburg durch Bodo Ebhardt eine Phantasiearbeit war, die dem Urbilde nicht entsprach, da schickte der gekränkte Künstler Berichtigungen an verschiedene Zeitungen — auch portofrei als kaiserliche Angelegenheit. (Hört, hört! links.) Entschieden verurteilen wir die Versuche der Verwaltung, auf die politische Gesinnung der Beamten einzuwirken. In Kiel hat man sogar gewagt, die Beamten nach ihrer Abstimmung zu fragen, nachdem die Stadtverordnetenwahlen für die Bürgerlichen schlecht ausgefallen waren. Das ist frivol und unverschämt. (Beifall bei den Soz.) Die neue Fernsprechgebührenordnung ist ein echter Kraetke. Sie ist bureaukratisch von der ersten Zeile bis zur letzten. Der Staatssekretär stützt sich auf seine Monopolstellung und denkt nicht daran, sich als weitsichtiger Verkehrsminister zu zeigen. Es gibt überhaupt keine Vorlage mehr, bei der nicht eine Liebesgabe für die Agrarier abfällt. Die Regierung befindet sich eben ganz in der Hörigkeit dieser Herren. Das zeigt die neue Ordnung am besten. Sie wird außerordentlich schädlich wirken und einen Mehrertrag nicht bringen.

Staatssekretär **Kraetke:**

Der Kern der ganzen Sache ist der, daß diejenigen, die hohe Ansprüche an den Verkehr stellen, auch mehr bezahlen sollen. Energisch weise ich die Behauptung zurück, als ob es sich um eine Liebesgabe, um eine Bevorzugung des platten Landes handle. Das ist durchaus nicht der Fall. Gerade die städtischen Fernsprechteilnehmer haben von der Vorlage großen Vorteil. Man hält mir immer die anderen Länder als Muster vor, aber die so viel gerühmten Engländer und Amerikaner machen es genau so, wie wir es in unserer Vorlage tun wollen. Amerika kann man uns nicht als Vorbild hinstellen. Dort kostet ein Gespräch 16 bis 33 Pfg. Wir wollen mit der neuen Ordnung eine verständigere Verteilung der Gebühren auf alle Teilnehmer. Die Nachricht, die durch die Presse ging, daß ich die Gespräche verringern will, ist ganz unrichtig. Ich muß mich doch schon aus Geschäftsrücksichten freuen, daß die Zahl der Gespräche wächst. Aber wenn viel gesprochen wird, so muß auch dafür bezahlt werden. (Sehr richtig! rechts.) Fortwährend verlangt man von mir, daß ich mehr für die Beamten tue, die Arbeitszeit verkürze, mehr Urlaub gewähre usw. Woher soll ich denn das Geld dazu nehmen, wenn ich noch die Gebühren verringern soll? (Sehr richtig! rechts.) Die Vorwürfe gegen die Kieler Verwaltung sind unberechtigt. Als dort in der Presse über die geringe Wahlbeteiligung der Beamten geklagt wurde, ließ der Postdirektor nur feststellen, wer gewählt hatte, weil er fürchtete, daß vielleicht von einigen Vorstehern den Beamten Schwierigkeiten bei der Ausübung der Wahl gemacht worden waren. Bei der Portofreiheit der Landesfürsten handelt es sich nicht um Vorteile für diese, sondern um ihnen gesetzlich zustehende Rechte, nicht um materielle, sondern um ideelle Vorteile. Produkte aus Meiereien, Gärtnereien usw. sollen portofrei nicht versichert werden. Wenn trotzdem ein Beamter mal einen Fehler in dieser Hinsicht macht, dann ist das menschlich. Die Zahl des Aufsichtspersonals ist durchaus nicht zu groß, auf 75 Beamte kommt etwa eine Aufsichtsperson. Die Regelung der Dienststunden bleibt den einzelnen Postdirektionen überlassen, die dabei nach dem Bedürfnis verfahren. (Beifall.)

Abg. **Beck**-Heidelberg (ntl.):

Auch bei der Postverwaltung geht es jetzt vorwärts. Die Zunahme der Geschäfte macht natürlich auch eine Personalvermehrung erforderlich, um so mehr, da das Leistungsmaß der Beamten wesentlich ermäßigt und die Sonntagsruhe immer mehr ausgedehnt worden ist. Der Zugang zur höheren Laufbahn muß möglichst eingeschränkt werden. Auch die Leistungsfähigkeit der Beamten hat ihre Grenze, darum werden wir beantragen, einige der in der Budgetkommission gestrichenen Stellen wieder herzustellen. Die Vorlage über die Telephongebührenordnung entspricht einem lange geäußerten Wunsche dieses Hauses. Wir haben keine Ursache, der Vorlage den Vorwurf der Rückständigkeit und Verkehrsfeindlichkeit zu machen. Sie will einen größeren Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung erzielen. Sie ist nicht bloß ein Vorteil für die Agrarier, denn auf dem flachen Lande wohnen nicht nur Agrarier, sondern auch Handwerker und Industrielle. Der Vorwurf, daß die Vorlage agrarisch ist, soll nur das rote Tuch sein, das alle Leute kopfscheu machen soll. Allzuweit in der Herabsetzung der Gebühren auf dem Lande darf man nicht gehen, die Selbstkosten müssen erzielt werden. Der Grundsatz jedes Kaufmanns, den besten Kunden gewisse Vorzugspreise einzuräumen, wird auch hier platzgreifen müssen. (Beifall.)

Abg. **Doormann** (frs. Vp.):

Auch wir halten die Vorlage nicht für fiskalisch, auch agrarisch ist sie nicht. Der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung darf nicht zu weit ausgedehnt werden, sonst führt er zum Unsinn. Das Briefporto ist doch auch für die größten und kleinsten Entfernungen gleich. Wir werden in der Kommission versuchen, die noch bestehenden größten Schroffheiten zu beseitigen. Sicherlich wird die Vorlage dem Reiche eine Mehreinnahme bringen, die wir sehr gut brauchen können. Von einer besonderen Belastung der Wirte, Zigarrenhändler usw. kann nicht die Rede sein, denn die Wirte werden sich ja die Gespräche auch bezahlen lassen. Jedenfalls konnte es bei dem bisherigen Zustande nicht mehr verbleiben.

Abg. **Schmidt**-Altenburg (Rp.):

Die Postverwaltung ist nicht nur ein Geschäft, das auf Rentabilität sehen muß, sie hat auch weitere Aufgaben im Interesse des Reiches. Als Kaufmann und Industrieller verstehe ich nicht, wie man die Gebührenordnung agrarisch nennen kann. Der kleine Handwerker hat große Vorteile von ihr. Zweifellos erhalten die Leute mit den vielen Gesprächen eine Leistung, die erheblich unter den Selbstkosten ist.

Weiterberatung Freitag 2 Uhr.
Schluß nach 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

45. Sitzung vom Donnerstag, den 4. März.

Am Ministertisch: **v. Moltke.**
Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.
Die zweite Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel „Polizei-Distrikts-Kommissare in der Provinz Posen".

Abg. **v. Goßler** (kons.)

hält die Dienstaufwandsentschädigungen der Distriktskommissare für zu gering. Der Minister möchte für Abhilfe sorgen.

Abg. **Mertin**-Oels (frk.)

schließt sich dem Wunsche an.

Minister Moltke:

Es schweben Verhandlungen, deren Abschluß bald erfolgen wird. Welches Resultat sie haben werden, läßt sich noch nicht übersehen.

Beim Kapitel „Landgendarmerie" bittet

Abg. **Schulze-Pelkum** (kons.)

um Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigungen und Pferdegelder des Gendarmeriepersonals.

Abg. **Wamhoff**

fordert die Beschaffung von Polizeihunden für den Gendarmeriedienst und die Erlaubnis für die Gendarmen, an dienstfreien Tagen Zivilkleider zu tragen.

Geheimrat Schlosser

sagt Erwägung dieser Wünsche zu.

Abg. **Hammer** (kons.)

bemängelt, daß die Gendarmen in ihrer Wohnung ein Dienstzimmer einrichten und für dessen Reinigung und Instandhaltung sorgen müssen. Das Dienstzimmer sollte von Amtswegen gestellt werden.

Geheimrat Schlosser

erklärt, der Vorredner habe die fragliche Bestimmung mißverstanden.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei" beantragt

Abg. **Ströbel** (Soz.),

die Forderung von 300 000 Mark für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei zu streichen. Redner verweist auf Eugen Richter und Windhorst, die auch die Streichung befürwortet hätten. Das Geld werde zum Teil zur Bestechung von Sozialdemokraten verwandt. Die Sozialdemokratie verzichte auf Staatssubvention, die aus so trüber Quelle und so schmutzigen Händen komme. Der Minister hält uns vor, wir machten Straßendemonstrationen. Anderen Parteien hat man doch auch gestattet, nach der Reichstagswahl Demonstrationszüge zu veranstalten. Da hat ja sogar jemand eine Rede gehalten, zum Fenster hinaus — Wilhelm der Zweite!

Präsident **v. Kröcher**

bittet, Se. Majestät den Kaiser nach Möglichkeit hier nicht zu erwähnen. Wenn es aber geschieht, müsse es in passender Form geschehen. Es müsse neben dem Namen des Kaisers auch seine Würde bezeichnet werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Ströbel**

legt weiter dar, daß die Sozialdemokratie nur mit geistigen Waffen kämpfen wolle.

Abg. **v. Arnim** (kons.):

Herr Bebel und Herr Singer haben erklärt, das Proletariat müsse mit Gewalt die Straße erobern! Wo bleiben da die geistigen Waffen? Meine Standesgenossen halten es für ihre vornehmste Pflicht, dem Staate bis zum letzten Blutstropfen zu dienen. (Rufe bei den Soz.: Wir auch!) Wir werden es auch für eine Ehre halten, den Staat gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu verteidigen und sie mit denjenigen Mitteln zu bekämpfen, welche wir im gegebenen Augenblick für unerläßlich und notwendig halten. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Abg. **Strosser** (kons.):

Ich bin in sozialdemokratischen Versammlungen gewesen. Die geistigen Waffen, mit denen Sie mich bekämpften, war, daß Sie heulten und lärmten. Sind die Straßendemonstrationen auch eine geistige Waffe? Sie sagen, die Straßendemonstrationen waren spontan! Ach, Sie unschuldigen Lämmer! Sie standen schon tagelang vorher im „Vorwärts". Sie reden von friedlicher Gesinnung, während Ihr „Vorwärts", Herr Ströbel, die niedrigsten und gemeinsten Auswüchse und Schandtaten der russischen Revolutionäre in den höchsten Tönen preist. Es gehört Ihre Stirn dazu, solche Tatsachen abzuleugnen und hier solche Reden zu halten wie Herr Ströbel! (Beifall rechts.)

Präsident **v. Kröcher:**

Ich will nicht sagen, daß die letzten Ausführungen des Vorredners ordnungswidrig waren, aber sie gefallen mir nicht. (Heiterkeit.)

Der Antrag **Borgmann** wird darauf gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Beim Titel „Prämien für Ermittelung von Verbrechern usw." fragt

Abg. **Rosenow** (frs. Vp.),

ob dieser Fonds etwa nur für die Kriminalkommissare da sei und nicht auch für die Kriminalschutzleute, und ob daraus auch Fahrräder beschafft würden.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Vermutungen des Abg. Rosenow nicht zuträfen.

Beim Titel „Zuschüsse zur Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes" bespricht

Abg. **Schmedding** (Ztr.)

den neulichen Prozeß gegen den Leiter einer Fürsorgeanstalt. Das gerichtliche Verfahren sei zu Recht erfolgt. Man dürfe aber nicht verallgemeinern. Ein gutes Mittel zur Besserung der Zöglinge liege in der Religion. Die Fürsorgeanstalten werden gut sein, wenn sie nicht schnöden Mammons wegen arbeiten, sondern christliche Nächstenliebe betätigen. Gern gedenke er der Bodelschwinghschen Anstalten. Zu bedauern sei, daß es nicht gelinge, Zöglinge in erheblichem Maße in Familien unterzubringen.

Abg. **Ströbel** (Soz.)

beklagt die Verhängung von Gefängnisstrafen über Kinder. Kinder gehören bei Vergehen in eine gut geleitete Anstalt oder in Familienerziehung. Dieser alte sozialdemokratische Grundsatz werde jetzt endlich anerkannt.

Abg. Dr. **v. Liszt** (Hosp. d. frs. Vp.):

Wo findet sich denn in der sozialistischen Literatur der Satz, daß Kinder nicht ins Gefängnis gehören. Der Satz ist von Theoretikern und Praktikern der verschiedenen bürgerlichen Parteien aufgestellt, lange, ehe die Sozialdemokratie existierte. (Sehr richtig!) Mit unserer Fürsorgeerziehung haben wir noch wenig Erfolge erzielt, weil sie zu spät gekommen ist. Es ist hier so, wie wenn bei einer Krankheit der Arzt zu spät eingreift. Der Redner fordert reichsgesetzliche Festlegung der Grundlinien für die Fürsorgeerziehung. Eine Aufsichtskommission sollte die Fürsorgeanstalten überwachen. Der Leiter der Anstalt in Neu-Ruppin hält Genußfreudigkeit, Spiel und Unterhaltung genau so wichtig für die Besserung der Zöglinge, als den Religionsunterricht. (Sehr richtig! links.) Im Winter gibt es ein Tanzvergnügen, im Sommer ein Sommerfest. Die Mädchen erhalten Brauselimonade, die Knaben Bier und Zigarren. Auf diese Weise zieht er die jungen Herzen allmählich zu sich herauf. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Fahbender** (Ztr.)

bittet, zu Leitern von Fürsorgeerziehungsanstalten nur Leute mit pädagogischer Vorbildung zuzulassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0002

Abg. Engelbrecht (frk.)

ist mit der gegenwärtigen Form der Fürsorgeerziehung einverstanden.

Abg. Schmitt (Ztr.)

empfiehlt, in der Anstaltserziehung mehr spezialisierend vorzugehen. An sich verdiene die Familienerziehung unbedingt den Vorzug vor der Anstaltserziehung.

Abg. Heckenroth (kons.):

Die Anstaltsfürsorgeerziehung kommt meist viel zu spät. Sie soll doch prophylaktisch wirken. Greift erst der Strafrichter ein, dann ist meist nichts mehr zu retten. Die Anstaltserziehung sollte nur Platz greifen, wo es sich um verdorbene Kinder handelt. Sonst müssen die Zöglinge in Familien untergebracht werden, wo sie sich der Sonne eines glücklichen und christlichen Familienlebens, die ihnen und ihrem Elternhaus nicht schien, freuen können. Wenn ein Gesetz, so muß dieses mit dem Herzen ausgeführt werden, mit der Liebe, die an den Sieg des Guten glaubt. (Beifall.)

Im Schlußwort begrüßt

Abg. v. Pappenheim (kons.)

die Einmütigkeit der Redner in der Frage der Fürsorgeerziehung. Die vom Abg. v. Liszt geforderte frühzeitige Einleitung der Fürsorgeerziehung sei notwendig. Leider haftet ihr noch immer die Tatsache an, daß sie aus der Zwangserziehung hervorgegangen ist. Namentlich die Richter sollten nicht vergessen, daß der Ton auf „Fürsorge" liegt. (Beifall.)

Beim Kapitel „Strafanstaltsverwaltungen" fordert

Abg. Rosenow (frs. Vp.),

daß alle Strafanstalten dem Ministerium des Innern unterstellt werden. Die Gefängnisärzte müßten bessergestellt werden. Die Gefangenen sollten hauptsächlich mit Arbeiten für die Anstalt und den Staat beschäftigt werden, nicht aber mit Arbeiten, die mit denen des Privatunternehmers auf offenem Markt konkurrieren.

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.)

empfiehlt die vorzeitige Entlassung von Gefangenen, welche sich gut führen.

Abg. Graf v. Wartensleben-Rogesen (kons.)

verlangt Vorlegung eines Irrengesetzes. Es sei nicht angängig, irre Verbrecher in den Provinzialanstalten unterzubringen.

Abg. Schifferer (ntl.)

fordert, daß die Gerichtsärzte eine selbständigere Stellung erhielten und ihre Bezüge anders geregelt würden.

Geheimrat Krohne:

Die Stellung der Gerichtsärzte ist schon jetzt eine durchaus selbständige, sie stehen neben dem Direktor. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gerichtsarzte und dem Direktor entscheidet der Regierungspräsident. Ihre Bezüge sollen in allernächster Zeit erheblich aufgebessert werden. Von der vorläufigen Entlassung Strafgefangener wird gegenwärtig nur deshalb so wenig Gebrauch gemacht, weil die Bewährungsfrist gegenwärtig zu kurz ist. Sie muß im neuen Strafgesetzbuch auf 3 Jahre verlängert werden. Beobachtungsstationen für Geisteskranke, wie für geistig Minderwertige sind bereits eingerichtet.

Der Rest des Etats wird bewilligt. — Der Antrag der Polen auf Aufhebung der Legitimationskarten für ausländische Saisonarbeiter wird der Agrarkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Antrag betr. Kleinhandelsausschüsse bei den Handelskammern, Antrag Hammer betreffend die Besteuerung der Filialen, Handelsetat.)

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Serbische Verschleppungskünste.

Wieder einmal wendet Serbien die Politik an, durch die es sich im Verlauf der gegenwärtigen Krise schon zweimal im letzten Augenblick vor der Vernichtung durch die österreichischen Waffen bewahrt hat: Die Politik der Verschleppung. Mit unbestimmt ausweichenden Antworten sucht die serbische Regierung auf der einen Seite die Mächte abzuspeisen, auf der andern dem künstlich angefachten Fanatismus des eigenen Volkes Genüge zu tun. Wird man die Versicherungen, die von den friedlichen Bestrebungen der serbischen „Patrioten" reden, abermals als bare Münze hinnehmen? Wird sich Oesterreich, wird sich Europa abermals bewußtermaßen düpieren lassen? — Oder wird der Regierung in Wien endlich der viel zu standhafte Geduldsfaden reißen und wird sie die geschraubten serbischen Erklärungen endlich durch den sehr geeigneten Mund der Maschinengewehre und Feldgeschütze beantworten. Die serbische Nation als Ganzes ist eine katilinarische Existenz, die in frivoler Weise mit der Ruhe Europas spielt, und der man nur mit Cicero zurufen kann: Quousque tandem abutere patientia nostra?

*

Die gegenwärtige Lage wird durch die nachstehenden Telegramme — leider nur unvollkommen — illustriert:

Paris, 1. März. Agence Havas meldet: Serbien hat dem russischen Gesandten die Antwort mitgeteilt, die es den Mächten übermitteln wird. Es versichert darin seine friedlichen Dispositionen und bezeichnet seine militärischen Vorsichtsmaßregeln als rein defensiv. Es wünsche lediglich die Wiederherstellung des „normalen Zustandes" an seinen Grenzen. Es fordere nichts Bestimmtes und vertraue den Mächten sein Interesse an, falls Europa die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkenne.

Belgrad, 4. März. Der Minister des Auswärtigen Milovanowitsch berief sämtliche Redakteure der serbischen Zeitungen und teilte ihnen mit, daß die Antwort der serbischen Regierung auf die Ratschläge Rußlands, die in äußerst freundschaftlichem Sinne gehalten waren, vom Geiste eines friedfertigen Entgegenkommens in dem Maße erfüllt sei, als dies die Interessen Serbiens ermöglichten. Es liege deshalb keine Ursache zu einer Beunruhigung vor.

Wien, 4. März. Aus Serajewo wird geschrieben: Hier herrscht wieder heftige Aufregung. Die moslemitische Bevölkerung spricht die Erwartung aus, daß Serbien im Kriege vernichtet werden wird. Beharrlich kehrt das Gerücht wieder, Serbien habe schon längst den 9. März als Tag für den Ausbruch des Krieges bestimmt. In Uesküb erhebt die türkische Behörde Einspruch gegen die Abreise der türkischen und albanesischen Freiwilligen nach Serbien. Die Grenzpolizei ist angewiesen, solche Zuzügler nicht passieren zu lassen.

Die Revolution in Persien.

Nach einer Depesche aus Ispahan wollen die Bachtiaren demnächst gegen Teheran marschieren, um das Parlament wieder einzusetzen und den Schah zur Abdankung zu zwingen, weshalb dieser befahl, Bageschach, seine heutigen Residenz zu befestigen.

In Rescht wurde von neun vermummten Verschwörern der Statthalter mit zwei seiner Beamten ermordet. Die Mörder trafen vor der Stadt auf eine Schar ihrer Anhänger, die sie darauf gegen die Zitadelle führten, die von Kosaken und anderen Soldaten verteidigt wurde. Ein hartnäckiger Kampf folgte, wobei die Soldaten 35 Tote hatten. Die Aufständischen besetzten den Platz.

Die Thronstreitigkeiten in Portugal.

Bekanntlich werden dem portugiesischen König, wie seinem verstorbenen Vater, von seiten des Thronprätendenten Dom Miguel, dem Chef der älteren Linie Braganza, große Schwierigkeiten bereitet. Wie nun das „Neue Wiener Tageblatt" aus authentischer Quelle versichert, sei Dom Miguel von der Geltendmachung seiner Rechte derzeit abzusehen fest entschlossen.

Dieses letztere Moment wirft auf die vornehme Denkungsart und den chevaleresken Charakter des Prinzen das beste Licht. Dom Miguel von Braganza steht noch heute unter dem furchtbaren Eindrucke des Doppelmordes von Lissabon und nichts liegt ihm ferner, als dem jetzigen jugendlichen König irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten. Angesichts der heiklen Lage, in der sich König Manuel befindet, steht Dom Miguel von Braganza nach der ganzen Artung seines Wesens und seiner noblen Gesinnung mit allen Sympathien auf Seite König Manuels. Es ist möglich, daß sich aus diesen Gesinnungen und aus diesen Sympathien Miguels zwischen diesem und dem regierenden portugiesischen König in angemessener Zeit eine Annäherung entwickelt, die vor allem der Festigung des dynastischen Gedankens dienlich sein würde.

Zum Marokkoabkommen.

Ueber das Marokkoabkommen schreibt der „Courrier du Maroc", eine angesehene französische Zeitung in Tanger, wie folgt:

„Die Freiheit in Marokko darf uns nicht erschrecken; sie begünstigt uns vielmehr. Denn es gibt keine Freiheit in Handel, Industrie, Landwirtschaft, Schiffahrt, die nicht hierzulande eine Freiheit zu unserem Nutzen ist. Deutschland wußte es übrigens und fürchtete es vielleicht, als es so lange die Oeffnung der Türen verzögerte, die wir immer zuerst, oft allein durchschreiten werden."

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 5. März.

Halle kommt nach Klasse B!

Unsere beiden Abgeordneten, die Herren Keil und Schmidt, haben sich im Abgeordnetenhause bemüht, Halles Deklassierung in Sachen des Wohnungsgeldzuschusses rückgängig zu machen und es nach Klasse B zurückzubringen, indem sie dementsprechende Anträge unterzeichneten.

Gestern hat sich die Spezialkommission mit der Sache beschäftigt, und sie ist, wie uns aus Berlin telegraphiert wird, **zu dem Entschluß gekommen, Halle in Klasse** B einzureihen.

Zwar steht die definitive Entscheidung der Kommission erst für Sonnabend an, wo sie abermals in Sachen des Wohnungsgeldzuschusses tagt, aber es ist wohl anzunehmen, daß der gestrige Beschluß, der die Wünsche der Hallischen Beamtenschaft befriedigt, nicht mehr geändert wird.

Schwurgericht.

In der am 8. März beginnenden Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts kommen folgende Sachen zur Verhandlung: Am 8. März vormittags 9¼ Uhr gegen den Dienstknecht Gustav Kroll aus Milzau wegen versuchten Mordes, und

am selben Tage gegen den Masseur Karl Wagner aus Halle a. S. wegen Verbrechens gegen § 219 Strafgesetzbuchs und gegen die Verkäuferinnen Else Kresse und Marianne Picht, beide aus Halle a. S., wegen Verbrechens gegen § 218 Strafgesetzbuchs.

am 9. März vormittags 9¼ Uhr gegen den Bergmann Gottfried Wohlfahrt aus Molmeck wegen versuchten Mordes in Verbindung mit schwerer Körperverletzung.

Landwirtschaftl. Bauernverein des Saalkreises.

Anläßlich der diesjährigen Generalversammlung hatten sich gestern im Saale des „Hotel Kronprinzen" eine große Anzahl Mitglieder eingefunden. Von seiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen war der geschäftsführende Direktor, Herr Kgl. Oekonomierat Dr. O. Rabe, sowie der Generalsekretär Herr Haake erschienen. Den Vorsitz führte Vorstandsmitglied Herr Oekonomierat G. Wesche, der auch nach der üblichen Begrüßung den Geschäftsbericht für das Jahr 1908 erstattete.

Danach zählte der Verein im Vorjahre 430 zahlende und 5 Ehrenmitglieder. Ausgetreten waren 25, davon durch den Tod abgegangen 5, so daß sich eine Nettozahl von 410 Personen ergibt.

Der Vorsitzende verliest hierauf Zuschriften, die den Wettbewerb für mustergültige Bauernwirtschaften betreffen und bringt die Nachricht der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Leipzig zur Kenntnis, in der für die Mitglieder des Bauernvereins bei Abnahme von 50 Karten eine Begünstigung beim Besuch der diesjährigen Ausstellung (17. bis 22. Juni) vorgesehen ist. Der Vorsitzende verweist dann noch auf die Vorteile bei Besuch der Winterschulen und erwähnt speziell, daß die Landwirtschaftliche Schule in Salzwedel das Recht zur Verleihung des Einjährig-Freiwilligendienstes besitzt.

Hierauf werden den Herrn Gutsbesitzern Walther und Hanke Diplome für mustergültige Obstanlagen überreicht, und zur Unterstützung der in der Altmark durch die Ueberschwemmung Geschädigten 300 Mark aus der Vereinskasse bewilligt. Der Vorsitzende teilt auch mit, daß der Verein am 19. Mai d. J. sein 50jähriges Jubiläum in den Räumen des Stadtschützenhauses zu feiern gedenkt und daß an der Feststellung des Programms gegenwärtig gearbeitet wird. Im Anschlusse erfolgt das Kassenreferat. Den Einnahmen von 5244,90 Mark stellen sich die Ausgaben von 2123,32 Mark gegenüber, so daß inkl. des vorjährigen Vermögens ein gegenwärtiger Stand von 3121,58 Mark zu verzeichnen ist.

In den Vorstand wurden wiedergewählt Herr Oekonomierat Wesche, als 1. Stellvertreter Gutsbesitzer Krienitz-Dubritz, als 2. Stellvertreter Rittergutsbesitzer Rudloff-Halle, als Schriftführer Herrn Franz Walther und als Kassenreferenten Herr Nietschmann wiedergewählt. Vor der sich anschließenden Prämiierung von Dienstleuten betonte der Vorsitzende, wie anerkennenswert es ist, wenn während des großen Zuges nach der Großstadt, sich auf dem Lande Leute fänden, die treu und fest ihren Dienstherren langjährige Dienste leisten. Hierauf wurde den Erschienenen die vom Bauernverein bewilligte Prämie in Form eines Sparkassenbuches und die von der Landwirtschaftskammer verliehenen Diplome, Medaillen oder Broschen überreicht.

Für die Berichterstattung über die Fragebogeneingänge betr. Beteiligung einer

elektrischen Leitungs-Genossenschaft

oder Gesellschaft mit beschr. Haftung nahm sodann Herr Dipl.-Ing. Vietze-Halle das Wort. Seinem Vortrag ist zu entnehmen, daß ein Verbrauch von einer Million Kilowattstunden wahrscheinlich, und zum größten Teil schon gesichert sei, und daß die Erbauung einer Zentrale für die beteiligten 149 Ortschaften (115 im Saalkreis, 34 im Bitterfelder Kreis) in Trotha geplant sei. Die Gesamtkosten sind mit 2 Millionen Mark veranschlagt. Für die Ausführung dieses Projektes sagte für den Kreisausschuß Herr Kgl. Landrat von Krosigk und für die Landwirtschaftskammer Herr Direktor Dr. Rabe Unterstützung zu.

Zum Schlusse der Tagesordnung erfolgte ein Vortrag über die Einrichtung von Kontrollvereinen im Vereinsgebiet, den Herr Tierzuchtinspektor Bührig-Halle hielt. Er führte an der Hand von selbst ausgearbeiteten Tabellen vor Augen, daß durch rationelle Kontrolle der Tiere der Gewinn bei Viehzucht nicht nur erhöht, sondern daß vor allem festgestellt werden kann, ob das vorhandene Material zur Zuchtwirtschaft oder Milchwirtschaft tauge. Der Kontrollverein soll nun durch geschulte Beamte nach Bestimung des Milchfettgehaltes, Milchwiegen u. dergl. die Futterrationen für die Tiere feststellen, und dadurch einerseits die Milchproduktion steigern, andererseits kräftiges Material für die Zucht schaffen. Die Einrichtungskosten belaufen sich auf 200 bis 300 Mark, die Betriebskosten sind gering und die Unkosten für ein Tier betragen je nach der Anzahl 2 bis 6 Mark für ein Jahr. Die Gründung eines solchen Kontrollvereins sei daher auch für unsere Gegenden wünschenswert.

An die Generalversammlung schloß sich ein gemeinsames Mittagessen an.

Der große Schneefall

verursacht auch unserer Stadt nicht unerhebliche Kosten. Was für Summen aber eine solche Stadt wie Berlin für die Beseitigung des Schnees aufzuwenden hat, davon gibt folgende Notiz einen Begriff:

Der große Schneefall in den letzten Tagen kostet die Stadt Berlin täglich über 60 000 Mark. Gestern betrugen die Kosten für die Schneeabfuhr schon eine Viertelmillion Mark.

Reifeprüfung an der Latina. Unter Vorsitz des Oberregierungsrats Trosten aus Magdeburg fand gestern an der Latina die Reifeprüfung statt. Es bestanden die Oberprimaner Bangemann, Bubbe, Nitzschke, Bender, Winter, Lutze, Beck, Klinghardt, Pfahl, Bünger, Lohmann, Bösel, Zeller, Redslob, Haase.

Theatergrößen als Ehrengäste bei einer Hochzeit. Aus München kommt folgende Nachricht über die Hochzeitsfeier einer Familie, die einst in Halle ansässig war und in Ansehen stand. Eine Hochzeit, an der Träger der berühmtesten Namen in der deutschen Schauspielkunst als Ehrengäste teilnehmen, findet am Mittwoch in der Erlöserkirche in Schwabing statt. Dort wird die Tochter Clara des ehemaligen Theaterdirektors und jetzigen Rentiers Hans Julius Rahn mit dem Rechtsanwalt Dr. Leo Ernst getraut. Herr Rahn war früher Heldendarsteller, übernahm dann die Direktion des Stadttheaters in Halle und später jene des Viktoriatheaters in Berlin, wo er sich durch die glanzvolle Ausstattung der Klassiker, namentlich der Dramen Schillers, in der ganzen Kunstwelt einen hervorragenden Namen machte. Seine Ruhetage verbringt er seit Jahren in unserer Stadt. Der Hochzeitsfeier seiner Tochter wohnen bei: der Geh. Hofrat Friedrich Haase, der Altmeister der deutschen Schauspielkunst, Clara Ziegler und Generalintendant Ernst von Possart, diese drei Gewaltigen einer großen Zeit.

Hallischer Beamtenverein. Zu einem gemütlichen Beisammensein vereinigten sich am letzten Sonntag die Mitglieder des Hallischen Beamtenvereins mit zahlreichen Gästen im Vereinslokal Ratskeller. Neben Unterhaltungen verschiedener Art verdienen vor allem die gesanglichen Darbietungen des Fräulein Haase aus Bernburg hervorgehoben zu werden, die mit ihren schönen geschulten Sopranstimme im Verein mit dem wohltklingenden Bariton des Herrn Maetzer die Duette „Herbstlied" von Mendelssohn und „Wanderers Nachtlied" von Rubinstein zu Gehör brachte. Des weiteren wußte Herr Maetzer durch einige Soli zu fesseln. Das Vergnügen war von bestem Gelingen begleitet.

Der Hallische Fußballklub von 1896 (E. V.), Meister vom Saalegau, spielt am Sonntag, den 7. März, auf dem Sportpark an der Leipziger Chaussee gegen den Meisterschaftsklub vom Elbgau, Viktoria 1896-Magdeburg. Das Treffen kann schon allein deswegen großes Interesse für sich beanspruchen, weil beide Mannschaften bei den Kämpfen um die Meisterschaft von Mitteldeutschland, die in Kürze ihren Anfang nehmen, voraussichtlich zuerst als Vertreter ihres Gaues aufeinanderstoßen, so daß man schon jetzt Gelegenheit hat, sich über die beiderseitigen Stärkeverhältnisse zu orientieren.

Familienabend. Am Sonntag, 7. März, abends wird der Kriegerverein Halle-Cröllwitz im neuen Saale der Bergschenke zum Besten der in der Altmark durch das Hochwasser Geschädigten einen erweiterten Familienabend abhalten, wobei u. a. Chor- und Einzelgesänge zu abwechselnder Unterhaltung dienen werden.

Für die Ueberschwemmten in der Altmark sind durch uns vom Familienklub im Verband Deutscher Handlungsgehilfen 3 Mk. an das Bankhaus Reinhold Stechner abgeführt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

Der geheimnisvolle Mörder.

* **Leipzig**, 4. März. In der Untersuchungssache gegen den noch immer unbekannten Raubmörder der Friedrichschen Eheleute wird diejenige Dame, welche an Polizeirat Dr. Müller (Kaiser Wilhelmstraße 52, 2) einen Brief ohne Unterschrift geschrieben hat (violette Tinte), gebeten, den genannten Herrn oder Staatsanwalt Dr. Mühle persönlich aufzusuchen, da ihre Angaben von Wichtigkeit erscheinen. Absolute Diskretion wird von der Behörde im voraus zugesichert. Seit Wochen erhält sich das Gerücht und gestern trat es mit besonderer Hartnäckigkeit auf, daß der Sohn eines vor Jahren verstorbenen Leipziger Geistlichen unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden sei. Der fragliche Mann kommt weder für das Verbrechen in der Windmühlenstraße, noch für die damit in Zusammenhang stehenden Erpresserbriefe in Frage.

Daß die Veröffentlichung der Erpresserbriefe Veranlassung zu derlei verwerflichen Nachahmungs-Experimenten geben würde, war vorauszusehen, aber in dem vorliegenden Falle nicht zu vermeiden. Ein weiterer, nachgeahmter Erpressungsversuch ist fehlgeschlagen, und die hohen Gefängnisstrafen werden weiteren Versuchen wohl vorbeugen, auch wenn sie scherzhaft gemeint sein sollten.

)|(**Obhausen** (Unstrut), 3. März. (Aus Fahrlässigkeit) hat, nach eigenem Geständnis, der Arbeiter R. Mettin aus Obhausen die am Sonntag eingeäscherte Rittergutsscheune in Brand gesetzt.

— **Landsberg**, 5. März. Einbrecher.) Am vergangenen Sonntage wurde im Steinbruch am Kapellenberge die Arbeiterbude erbrochen und zwei Ringe Zündschnur ca. 80 Zündhütchen und Pappdachnägel entwendet. Anscheinend haben dieselben Spitzbuben auch den Arbeiterbuden und Vorratsräumen in den Reinsdorfer Steinbrüchen einen Besuch abgestattet und hier alles mitgenommen, was zu gebrauchen war. In einer der Buden entdeckten sie auch den Schlüssel für den Kontorraum, aus welchem sie u. a. Messer, Bleifedern, Notizbücher, Meterstab, Schere, Seife, Streichhölzer, Schlüssel und drei Tauben stahlen.

)!(**Eilenburg**, 3. März. (In dem Konfektionsgeschäft) Max Wehle, hier, Rinckartstraße, brach in dem Lagerraume Feuer aus. In diesem befand sich ein größerer Posten fertiger Herrenanzüge, die zum Teil unbrauchbar geworden sind, so daß ein ganz beträchtlicher Schaden der Firma erwachsen ist. Der Brand soll dadurch entstanden sein, daß nach dem Anbrennen der Gasflamme Streichhölzer achtlos weggeworfen worden sind.

Mansfeld, 2. März. (Ankauf von Rittergütern.) Die Landbank in Berlin hat die im Mansfelder Gebirgs- und Mansfelder Seekreis gelegenen Rittergüter Klostermansfeld und Benndorf in Größe von zusammen 1010 Morgen von dem Rittergutsbesitzer Schaefer erworben.

)(**Querfurt**, 3. März. (Entgleisung.) Der Personenzug der 3 Uhr nachmittags von Vitzenburg in Querfurt eintrifft, hatte Dienstag eine Stunde Verspätung, da die Lokomotive mit dem Gepäckwagen vor dem Stationshaus Lodersleben entgleist war.

— **Wittenberg**, 4. März. (Selbstmord.) Am Dienstag nachmittag logierte sich in einem hiesigen Hotel ein etwa Ende der zwanziger Jahre stehender Fremder ein, der sich als Ingenieur Bräunert aus Bitterfeld ausgab. Br., welcher gestern nachmittag auf seinem Zimmer blieb und Briefe schrieb, beauftragte den Kellner, ihn heute früh zu wecken. Als aber seinem Wunsche entsprochen werden sollte, fand man die Tür verschlossen. Man fand schließlich, nachdem man gewaltsam geöffnet hatte, Br. mit einer Schußwunde in die Schläfe und den Revolver in der Hand tot in seinem Bette. Der Selbstmörder ist der 35jährige Ingenieur Bruno Bräunert, aus Lubast bei Kemberg gebürtig, und zuletzt bei der A. G. Gniest-Bergwitz in Stellung.

)(**Thondorf**, 4. März. (Selbstmord eines Soldaten.) Der in Oschatz in Garnison gestandene Ulan R. Volkland von hier ist nicht, wie berichtet, durch Schlag eines Pferdes zu Tode gekommen, sondern hat seinem Leben durch Erhängen selbst ein Ende gemacht. Die Beweggründe sind unbekannt.

(!) **Nordhausen**, 4. März. (Bilanzverschleierung.) Der Bankier Julius Stehr wurde von der Strafkammer wegen Betruges, Konkursvergehens und Bilanzverschleierung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Stehr hatte im Jahre 1905 in Nordhausen ein Bankgeschäft gegründet, das nach dreijährigem Bestehen fallierte.

Eisenberg, 2. März. (Die streitbare Gattin.) Bei einem häuslichen Streit eines Ehepaares wurde am Montag der Ehemann von seiner zarten Gattin durch einen Stich mit dem Küchenmesser in den Kopf verletzt.

† **Gera**, 3. März. (Waffenverkauf an Kinder.) Acht Schuljungen in reiferen Jahren hatten sich Geld verschafft und in einem hiesigen Geschäft je ein Terzerol mit scharfer Munition gekauft, wo ihnen die Waffen trotz gesetzlichen Verbots verabfolgt wurden. Als sich einer der Jungen beim Hantieren mit der Waffe in die Hand schoß, wurde die Schützengilde ermittelt, worauf die Waffen von der Polizei beschlagnahmt wurden.

√ **Greiz**, 3. März. (Erfroren) ist hier in der vergangenen Nacht am oberen Bahnhof der 51jährige Arbeiter Walther, der dort wahrscheinlich in betrunkenem Zustande eingeschlafen war.

* **Oxlamünde**, 2. März. (Ein verborgener Schatz.) Im benachbarten Zeutsch fand eine Witwe in einem alten, kürzlich gekauften Kleiderschranke drei Hundertmarkscheine aus dem Jahre 1814. Die Scheine waren verfallen, die Frau erhielt aber den Betrag von 300 Mark von der Reichsschuldenverwaltung in Berlin in bar ausgezahlt.

† **Gülten**, 2. März. (Gleich am ersten Tage) der Eröffnung des elektrischen Triebwagen-Verkehrs ereignete sich ein Unfall, indem der Triebwagen, der um 12 Uhr 40 Minuten nach Staßfurt fahren sollte, beim Umrangieren mit einer Rangiermaschine zusammenfuhr. Maschine, sowie Triebwagen sind beschädigt.

§ **Hannover**, 2. März. (Liebesdrama.) Der Kaufmann Beinder hat heute in seinem Laden in der Kramerstraße seine Braut, ein Fräulein Karger aus Wien, und sich erschossen.

* **Grimma**, 2. März. (Gustav Nagel.) Der bekannte Naturmensch Gustav Nagel durchwanderte heute barfuß und barhäuptig mit langeharabwallendem Haar und nur mit einem hemdartigen blauen Gewand bekleidet die Stadt.

√ **Leipzig**, 4. März. (Selbstmord durch Gasvergiftung.) In seiner in der Leplaystraße gelegenen Wohnung tot aufgefunden wurde gestern vormittag ein aus Weißenfels gebürtiger 45 Jahre alter Chemiker. Es liegt Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas vor. Der Unglückliche war nervenkrank.

Theater und Musik.

Der Straßburger Magistrat gegen den Bühnenverein. Im Kampf zwischen Bühnenverein und Genossenschaft gestalten sich die Verhältnisse immer günstiger für die Arbeitnehmer, deren Partei die Magistratsbehörden nehmen. Ein neuer Fall wird aus Straßburg i. E. gemeldet: Die Theaterkommission des Straßburger Gemeinderates faßte folgende Beschlüsse zu dem Thema „Bühnengenossenschaft und Bühnenverein": Die einseitige Kündigung des Schiedsgerichtsvertrages ohne Mitwirkung der Bühnengenossenschaft ist rechtsunwirksam. Es besteht keine Veranlassung, die Mitgliederbeiträge der Bühnengenossenschaft nicht mehr durch die Theaterkassen einziehen zu lassen. Der Direktor des Städtischen Theaters Wilhelmi wird als Mitglied des Bühnenvereins ersucht, dahin zu wirken, daß die Verhandlungen mit der Bühnengenossenschaft wieder aufgenommen werden. Unter voller Wahrung der Gleichberechtigung beider Teile wurde der Vertrag ausgearbeitet, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen und um den berechtigten Bedürfnissen der Bühnenangehörigen zu entsprechen.

Theaterstücke für reisende Kaufleute. Eine drollige Zusammenstellung von Theaterstücken, die besonders Kaufleute während der Reisezeit interessieren könnten, veröffentlicht der „Konfektionär" mit folgendem Hinweis: Falls die Herren Theaterdirektoren im Zweifel sein sollten, welche Stücke sie aufführen sollen, um während des großen Durchreiseverkehrs täglich „Ausverkauft" zu haben, geben wir ihnen hiermit eine Anzahl derjenigen Stücke, deren Titel schon das Interesse der Kaufleute wachrufen wird, und in deren ihnen naheliegenden Milieu sich dieselben sicherlich wohlfühlen werden. Wir machen folgende Vorschläge: Die rote Robe, Die drei Reiherfedern, Zweierlei Tuch, Der neue Hut, Der schwarze Schleier, Das grobe Hemd, Der letzte Knopf, Ein Stündchen im Kontor, Gelbstern, Der Kompagnon, Drei Paar Schuhe, Der schwarze Domino, Das Modell, Der Kaufmann von Venedig, Geschäft ist Geschäft, Das Warenhausfräulein, Die Konfektioneuse, Samt und Seide, Die große Glocke, Wallensteins Lager, Das Spitzentuch der Königin, Ultimo, Der Biberpelz, Der bunte Rock, Ein Fallissement, Versiegelt!

Vermischtes.

Ein Opfer des „König Lear"?

Am 28. Oktober vorigen Jahres hatte sich der 20jährige Oberprimaner Günther Kauffmann aus der Wohnung seines Onkels, des Stadtbaumeisters Brancke in Charlottenburg, entfernt. Seit dieser Zeit ist der junge Mann spurlos verschwunden; alle Nachforschungen sind ergebnislos geblieben. Seine Verwandten vermuten, daß er an dem fraglichen Abend ein Theater besucht hat; er hatte immer den Wunsch geäußert, die „Gespenster" oder „König Lear" zu sehen. Beide Stücke standen am 28. Oktober auf dem Spielplan. Es wird nun angenommen, daß der junge Mann durch die aufregenden Vorgänge des einen oder anderen Stückes in seinem Willenszustand derart beeinflußt worden ist, daß er, ohne sich seines Handelns bewußt zu sein, ziellos umherirrte. Er befand sich jedenfalls seit längerer Zeit in einem krankhaften Nervenzustand, obschon er sonst ein außerordentlich begabter Schüler war und nach den Versicherungen seines Direktors das Abiturientenexamen zu Ostern sicher unter Erlassung des Mündlichen bestanden haben würde. — Vor etwa zwei Jahren hat Günther Kauffmann einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. Er war erblich erheblich belastet. Seine Mutter weilt bereits seit 13 Jahren in einer Anstalt. Die Züge des Vermißten verraten schon für sich, daß er eine physisch eigenartige, verträumte und suggestiven Einflüssen leicht zugängliche Natur gewesen sein muß.

Ein schweres Jagdunglück ereignete sich auf dem Gute des verstorbenen Generaladjutanten des Zaren, Grafen P. A. Schuwalow, Wartemäggi. Am Sonntag sollte in den Wäldern des Gutes eine Jagd stattfinden. Es versammelten sich zu diesem Zweck in Wartemäggi der Graf P. P. Schuwalow, die jungen Barone Andreas und Nikolai Meyendorff, Söhne des Generaladjutanten F. F. Meyendorff, und einer ihrer Kameraden. Am nächsten Morgen ließen die jungen Leute anspannen, um sich in Schlitten nach dem verabredeten Jagdort zu begeben, wobei sich die beiden Brüder Meyendorff in einen und der Graf Schuwalow mit seinem Kameraden in den anderen Schlitten setzten. Am verabredeten Ort angekommen, entstiegen die Brüder ihrem Schlitten. Der junge Baron Andreas Meyendorff bückte sich, um sein Gewehr aus dem Schlitten zu nehmen, doch kaum hatte er den Lauf angefaßt, als ein Schuß krachte und der Baron zu Boden sank. Die ganze Ladung war ihm in die Brust gedrungen. Es stellte sich heraus, daß der Hahn des Gewehrs sich an den Bock des Schlittens angehakt hatte, und als der Baron das Gewehr aufheben wollte, wieder zurückklappte und die Patrone zur Entladung brachte. Mit schwachen Lebenszeichen wurde der junge Mann in den Schlitten gelegt und nach Wartemäggi gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb.

Die Auffassung, daß Günther Kauffmann unter dem Zwange einer suggestiven Vorstellung die Häuslichkeit verlassen hat, ist nach den Mitteilungen seiner Verwandten nicht von der Hand zu weisen. Andererseits muß aber auch mit der Tatsache gerechnet werden, daß der seit mehr als vier Monaten Vermißte verunglückt oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Ein erschütterndes Ehedrama. In Paris spielte sich gestern ein erschütterndes Drama ab. Dort lebte ein junges, kaum seit einem Jahre verheiratetes Ehepaar, namens Maurice und Marie Rastouille. Der junge Mann, ein Geschäftsreisender, bekam gestern mittag mit seiner Frau einen kleinen Streit, weil das Essen nicht fertig war. Die junge kokette Frau, die sich viel mit Romanlesen beschäftigte und den Haushalt vernachlässigte, gab dem Mann eine böse Antwort. Es kam zu einer Schlägerei zwischen Mann und Frau, wobei der Gatte die Möbel zertrümmerte, einen Revolver ergriff und — seltsam — sagte: „Was tätest du an meiner Stelle, wenn du den Revolver hättest?" „Ich würde dich töten", erwiderte die Frau, und unvernünftigerweise gab der Mann seiner Frau den Revolver in die Hand, worauf die wütende Frau, ohne ein Wort zu sagen, den Mann durch einen Schuß tötete. Darauf stellte sich die Frau freiwillig der Polizei. Sie behauptet, aus Notwehr gehandelt zu haben.

Sturz vom Kirchturm. In Teplitz stürzte sich vom Glockenturm der dortigen katholischen Kirche auf dem Schloßplatz ein 21jähriges Mädchen herab. Der Körper fiel zuerst auf einen Gesimsvorsprung, dann auf das Pflaster vor dem Kirchentor. Trotz der riesigen Höhe, aus der das Mädchen herabstürzte, war es nicht sofort tot. Es hatte beide Beine gebrochen und am Rücken eine große Wunde, sowie innere Verletzungen erlitten. Das Mädchen weilt seit vierzehn Tagen zu Besuch bei ihren Verwandten und war eine auffallend hübsche Erscheinung. Das Motiv zu dem Selbstmord ist unbekannt.

Wahnsinnstat eines Majors. Blättermeldungen aus Madrid zufolge erschoß der Major Caprero, Leiter eines militärischen Laboratoriums in Malaga, in einem Wahnsinnsanfall den Hauptmann Lugo und sich selbst.

Letzte Nachrichten.

Zur Reichs-Finanz-Reform.

Berlin, 4. März. Die „Freisinnige Zeitung" äußert sich zur Frage der Reichsfinanzreform in einem längeren Artikel, in dem es u. a. heißt: Die Beschlüsse der Kommission sind gewiß nicht frei von Mängeln und es lassen sich manche Einwendungen dagegen erheben, wenn auch die Bedenken, die in den Blättern ausgesprochen werden, häufig auf mangelhafte Information und unzureichende Prüfung der Bestimmungen zurückzuführen sind. Die Freisinnigen haben vorläufig ihre Zustimmung zu dem Reformprogramm erklärt, haben sich aber in jeder Weise freie Hand gelassen. Von der Gestaltung des Reformwerks im Ganzen und von der Entscheidung über andere Aufgaben hängt es ab, ob die Blockpolitik auch bei der Reichsfinanzreform sich erfolgreich zeigen wird.

München, 4. März. Hier halten sowohl die Regierung wie auch führende Kreise der Industrie und des Handels an dem Gedanken der Nachlaßsteuer für das Reich fest. In diesem Sinne ist auch die Rede des Ministers Frhrn. v. Podewils auf dem vierten deutschen Handelskammertage zu deuten. Man befürchtet in Bayern bei Einführung einer anderen Besitzsteuer eine gefährliche Unsicherheit für die einzelstaatlichen Budgets, die dem föderativen Charakter des Deutschen Reiches nicht entsprechen würde.

Die Balkankrise.

Budapest, 4. März. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad Graf Forgach hat für alle Fälle und Eventualitäten umfassende Instruktionen erhalten.

Wien, 4. März. Das Exekutivkomitee der slawischen Union hat angesichts der gegenwärtigen Lage eine Kundgebung für den Frieden beschlossen.

Wien, 4. März. Die „Neue Freie Presse" und das „Neue Wiener Abendblatt" wollen aus zuverlässiger Belgrader Quelle erfahren haben, daß die serbische Regierung mit ihrer Antwort an Rußland sich bereit erklärt habe, auf territoriale Kompensationen und die Forderung einer Autonomie für Bosnien und die Herzegowina zu verzichten, und auch zur Abrüstung geneigt sei, wenn Oesterreich sich gleichfalls hierzu entschließe.

Saloniki, 4. März. Die türkischen Behörden haben die Abreise türkischer und albanesischer Freiwilliger nach Serbien verboten und die Grenzpolizei angewiesen, solche Personen nicht passieren zu lassen.

Verhaftungen von Royalisten in Paris.

Paris, 4. März. Der 20jährige Student Oblin und der ehemalige Professor Borin wurden unter dem Verdacht, öffentliche Monumente beschädigt zu haben verhaftet. Haussuchungen bei ihnen führten zur Entdeckung von zahlreichen royalistischen Schriften, die beschlagnahmt wurden. Eine dritte Verhaftung fand in der Lamarck-Straße statt, wo der Generalsekretär einer katholischen Vereinigung in dem Augenblick festgenommen wurde, wo er im Begriff stand, ein Denkmal zu beschädigen.

Der Bombenfund in Madrid.

Madrid, 4. März. Amtlicherseits wird dementiert, daß die Polizei im Zusammenhang mit dem Bombenfund am Königsschloß mehrere Verhaftungen vorgenommen habe. Die „Correspondenzia" teilt mit, daß die Königin-Mutter Christine kurz nach der Auffindung der Bombe die Fundstelle passieren mußte.

Zusammenstoß von Torpedobooten.

Pola, 4. März. Das Hochseetorpedoboot „Viper" stieß bei der Ausfahrt aus dem Hafen mit dem Torpedoboot „Krokodil" zusammen und erlitt schwere Beschädigungen. Ein Unteroffizier des „Krokodil" erlitt schwere Verletzungen.

Kirchliche Nachrichten.

Synagogen-Gemeinde. Sonnabend abend 6¾ Uhr, Sonntag vormittag 6½ Uhr Gottesdienst.

Unterhaltungsblatt.

Ein stiller Mensch. Roman von Paul Bliß. (Forts.) — Die Finger im Volksglauben. Von A. M. Witte. — Bunte Zeitung: Ein geschickter Regisseur. Die fromme — Reklame. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Verzicht auf das Eigentum an einem Grundstück.

In Rixdorf bei Berlin kommen demnächst drei Grundstücke zur Zwangsversteigerung, die infolge Verzichtes der Eigentümer auf ihr Eigentum herrenlos geworden sind.

Mit diesem bisher seltenen Fall, der sich bald öfter wiederholen dürfte, wenn erst die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mehr bekannt geworden sind, beschäftigt sich in bemerkenswerten Ausführungen das „Berl. Tagebl.". In Betracht kommt, heisst es dort, zunächst der § 298 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der lautet: „Das Eigentum an einem Grundstück kann dadurch aufgegeben werden, dass der Eigentümer den Verzicht dem Grundbuchamte gegenüber erklärt und der Verzicht in das Grundbuch eingetragen wird. Das Recht zur Aneignung des aufgegebenen Grundstückes steht dem Fiskus des Bundesstaates zu, in dessen Gebiete das Grundstück liegt. Der Fiskus erwirbt das Eigentum dadurch, dass er sich als Eigentümer in das Grundbuch eintragen lässt." Ergänzend ist ferner im Artikel 129 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmt, dass Vorschriften der Bundesstaaten, wonach das Aneignungsrecht nicht dem Fiskus, sondern gewissen anderen Personen zusteht, unberührt bleiben. Dieser Vorbehalt ist indessen für Preussen ohne wesentlichen Belang, weil auch schon nach dem Preussischen Allgemeinen Landrecht das Aneignungsrecht dem Fiskus zustand und nur ausnahmsweise anderen Berechtigten, nämlich Städten, hinsichtlich der städtischen Grundstücke kraft des Weichbildes und Grundherrschaften auf dem Lande kraft Verleihung und Gewohnheitsrechtes.

Es fragt sich nun, welchen Nutzen es denn für einen Grundstückseigentümer haben kann, wenn er das Grundeigentum aufgibt, und welche Folgen hieraus für die Grundstücksgläubiger entstehen. Die Motive zum Bürgerlichen Gesetzbuche heben in erster Beziehung hervor, dass insbesondere Krieg oder elementare Ereignisse zur fast völligen Entwertung von Grundstücken führen können, womit das Interesse der Eigentümer an ihrem Eigentum schwindet. Ohne derartige anormale Vorgänge wird aber nicht selten hoffnungslose Ueberschuldung des Grundstücks dem Eigentümer jedes Interesse an seinem Eigentum benehmen und ihm den Wunsch eingeben, die Bürde von sich zu werfen. Das kann er nunmehr auf dem angegebenen Wege tun. Dabei hat er den Vorteil, dass er alsdann keinerlei Umständlichkeiten und Kosten mehr zu besorgen hat, die ihm anderenfalls durch dringliche Klagen und Zwangsvollstreckungen der am Grundstück Berechtigten erwachsen. Für derartige Kosten haftet er nämlich, solange er Eigentümer ist, stets persönlich, weil die Kostenschuld nach der Zivilprozessordnung eine persönliche Schuld der im Prozesse Unterliegenden und mit der Zwangsvollstreckung belegten Partei ist. (Vergleiche Rechtsprechung der Oberlandesgerichte Band 2 Seite 320.) Der Eigentümer kann sich also allen dinglichen Klagen und Zwangsvollstreckungen, die sich gegen den Eigentümer als solchen richten, entziehen, indem er auf das Eigentum verzichtet; er ist nach Eintragung des Verzichtes für dingliche Prozesse nicht mehr passiv legitimiert und erzielt durch den Hinweis auf die Verzichteintragung kostenfällige Abweisung des ihn belangenden Berechtigten. Hierbei versteht es sich aber von selbst, dass der Verzicht auf das Eigentum den Verzichtenden nicht von seiner etwa ausserdem bestehenden persönlichen Haftung für die Grundstücksbelastungen befreit, dass er insbesondere nicht Hypothekenschuldner, die er selbst aufgenommen oder in Anrechnung auf den Kaufpreis und unter Zustimmung des Gläubigers an Stelle des bisherigen Eigentümers übernommen hat, als persönliche Schulden abstossen kann, indem er auf das Grundstückseigentum verzichtet. Indessen gibt es immerhin zahlreiche Grundstückseigentümer, die nicht persönlich für die Grundstücksbelastungen haften, und andererseits haben die erst- und zweistelligen Gläubiger, wenn sie einem vermögenslosen Eigentümer gegenüberstehen, nur das Interesse an der dinglichen Rechtsverfolgung, vor welcher der Verzicht den Eigentümer eben schützt.

Ueberschuldete Grundstücke wird nur regelmässig der Fiskus oder sonstige Aneignungsberechtigte nicht erwerben wollen. Was fangen alsdann die Grundstücksgläubiger gegenüber dem herrenlosen Grundstück an? Wen belangen sie mit der die Vollstreckung ermöglichenden dinglichen Klage, und gegen wen richten sie die Vollstreckung? In diesen Notfällen des fehlenden Gegners hilft die Zivilprozessordnung (§§ 88, 787) mit der Vorschrift aus, dass der Vorsitzende des Prozessgerichts bezw. das Vollstreckungsgericht auf Antrag einen Vertreter zu bestellen hat, der die Rechte und Pflichten, welche sich aus dem Eigentum ergeben, wahrzunehmen hat. Gegen den Vertreter kann alsdann dinglich geklagt und mit Zwangsvollstreckungsanträgen vorgegangen werden. Es ist anzunehmen, dass der Gläubiger die Kosten, welche die Vertretung verursacht, als Kosten der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung im Vollstreckungsverfahren liquidieren darf. Jedenfalls erwachsen aber hiernach dem Gläubiger aus dem Verzicht auf das Grundstückseigentum Weiterungen und möglicherweise nicht wieder einbringliche Mehrkosten.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 198,90, Diskonto 186,17, Deutsche Bank 246, Kanada 169,84, Paketfahrt 110,25, Nordd. Lloyd 87,87, Russische Anleihe von 1902 84,25, Laurahütte 190,60, Bochumer Guss 216,90, Harpener 185,70, Gelsenkirchen 183,25, Berliner Handelsgesellschaft 172,25, Baltimore 107,57, Phönix 164,75, Dresdner Bank 150,37, Schaaffhausen 134,75, Lombarden 17,40, A. E.-G. 225,37, Siemens & Halske 200,37, Deutsche Uebersee 145,75. — Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Nordpark Terrain 20 Mk., Heilmann Immobilien 4,50, Lübecker Masch. 2,75, Kaiserhof Hotel 2,75, Hoffmann Stärke 3, Bremer Wolle 7,25 Proz. gegen 1. Notiz; niedriger Kappel Masch. 3, Kronprinz Metall 3,25, Julius Pintsch 2,50, Reichelt Metall 5, Bayer. Zelluloid 2,50, Deutsche Glasglühlicht 5, Nordd. Spritwerke 2,50, Kahla Porz. 7,75, Harburg-Wien 2,50, Gebr. Böhler 3, Concordia Bergbau 3, Köln-Müsen 3, Kölner Bergwerk 2,50 und Langendreer 3 Proz.

Londoner Börse vom 4. März. Es notierten: Engl. Konsols 84,06, Rio Tinto 70,06, Geduld 2,61, Goldfields 4,93, Steel com. 45,87, Steel prefs. 115,25, Rand Mines 7,78, Anaconda 8,56.

Magdeburger Privatbank. Der Geschäftsbericht spricht sich über den Verlauf des Geschäftsjahres sehr befriedigend aus. Es traten die Vorteile der intensiv befolgten Geschäftspolitik nun in die Erscheinung. Der Jahresumsatz betrug 5,37 Milliarden (i. V. 4,04 Milliarden) Mk. Das Bruttoerträgnis beziffert sich auf 5 936 143 Mk. bei 36 Millionen Kapital gegen 4 925 133 Mk. bei 27 Millionen Kapital im Jahre 1907. Nach reichlichen Abzügen bleiben als Reingewinn 2 985 697 Mk., woraus die 7 Proz. Dividende verteilt, der Reservefonds 790 020 Mk. und der Aufsichtsrat 57 651 Mk. erhalten soll.

Magdeburger Bankverein. Das Institut erzielte im abgelaufenen Jahre einen Bruttogewinn von 2 204 696 (i. V. 1 584 429) Mark, der sich wie folgt zusammensetzt: Zinsen 1 327 814 (i. V. 1 102 266) Mk., Provisionen 479 390 (i. V. 345 920) Mk., Effekten und Beteiligungen 56 047 (i. V. 77 572) Mk. und Vortrag 341 442 (i. V. 58 671) Mk. Davon erforderten die Unkosten 580 990 (i. V. 406 341) Mk. und Steuern 81 453 (i. V. 63 397) Mk. Der verbleibende Saldo von 1 582 252 Mk. soll bis auf 15 000 Mark zu Abschreibungen und Rückstellungen auf mögliche Verluste verwendet werden. Im Vorjahre ergab sich ein Gewinn von 1 114 690 Mk., woraus u. a. 7½ Proz. Dividende verteilt wurden. Hierzu führt der Rechenschaftsbericht aus: Das an sich gute Geschäftsjahr wurde zum erheblichen Teil durch Verluste aufgezehrt, und ferner mussten Rückstellungen zur Deckung möglicher Ausfälle gemacht werden. Der Saldo von 15 000 Mk. soll zugunsten des Dispositionsfonds verwendet werden. In besonders erheblichem Masse wurde der Bankverein durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Firma B. Fricker in Magdeburg geschädigt. Ein in dieser Angelegenheit mit dem dritten Gläubiger schwebender Prozess ist bislang in der ersten Instanz noch nicht entschieden. Der Bankverein hat auf dem Konto Fricker einen Gesamtausfall von 800 000 Mark berücksichtigt, von denen etwa 210 000 Mk. später eingehen werden, wenn die Gültigkeit des Pfandrechts des Bankvereins sowie sein Vorrang im Prozesswege durchgesetzt werden. Fernere nicht unerhebliche Verluste haben sich durch Zahlungseinstellungen bezw. Zahlungsschwierigkeiten von Kunden, so der Getreidefirma L. Brandenstein & Co., Halle a. S., ergeben.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin und Karlsruhe. Nach dem Abschluss für 1908 beträgt der Bruttogewinn 4 851 006 (i. V. 4 893 952) Mk. Derselbe soll mit 1 620 546 (i. V. 1 646 871) Mk. zu Abschreibungen und Rückstellungen und mit 3 000 000 Mk. zur Zahlung einer Dividende von 20 Proz. (wie im Vorjahre) verwendet werden. Der Gewinnvortrag beläuft sich auf 471 722 (i. V. 451 698) Mk.

Kammgarnspinnerei München-Gladbach. In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, dass die in den letzten Monaten des alten Jahres eingetretene stärkere Beschäftigung anhält. Auch im laufenden Jahre habe das Werk grosse Garnabschlüsse.

Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik Bernh. Stoewer, Akt.-Ges. in Stettin. Der Aufsichtsrat beschloss, die Dividende pro 1908 bei prozentual gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre mit 9 (12) Proz. der Generalversammlung vorzuschlagen.

Der Betriebsüberschuss der Strassenbahn Hannover beläuft sich auf 2 002 222 (i. V. 1 768 899) Mk. Der Aufsichtsrat beschloss, nach erhöhten Rückstellungen und Abschreibungen 2½ Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und 5 Proz. auf die Gewinnanteilscheine vorzuschlagen. Zur Auslosung sollen 839 Gewinnanteile über 209 750 Mk. gelangen. Der Vortrag für 1909 beträgt 125 591 (i. V. 97 066) Mk.

Handels-Depeschen.

Deutsche Bank.

Berlin, 4. März. (Priv.-Tel.) In der Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bank wurde beschlossen, eine Dividende von 12 Proz. zur Verteilung zu bringen. Der Gesamtumsatz für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 94,47 Milliarden Mark (61,61 Milliarden Mark im Vorjahr). — Der Bruttogewinn betrug 53 888 805 (i. V. 52 462 764) Mk., der Reingewinn 33 656 994 (i. V. 33 506 389) Mk.

Waren und Produkte.

Bericht der Landwirtschaftskammern für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt

über tatsächlich erzielte Preise für Getreide und Hülsenfrüchte vom 4. März 1909

Kreis	Preis pro 100 Kilogramm				
	Weizen Mk	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.	Erbsen Mk.
Aschersleben, St.	21,00-22,00	16,40-16,80	17,50-19,50	17,20-17,70	26,00-28,00
Bernburg	21,00-2 ,50	19,60	—	—	—
Delitzsch	20,00-20,60	16,40-16,60	19,00-20,60	17,00-17,50	—
Dessau	—	—	—	—	—
Eckartsberga	18,00-18,20	15,50-17,00	16,00-20,00	15,50-18,20	19,00-25,00
Erfurt, Stadt	19,00-22,00	16,75-18,00	18,00-22,00	16,00-18,25	24,00-27,50
Gratsch, Hohenst.	—	—	—	—	—
Halberstadt, St.	20,00-22,20	16,50-17,20	18,00-21,00	17,00-18,00	26,00-40,00
„ Land	21,00-21,50	16,20-16,80	18,00-19,00	17,00-17,50	24,00-26,00
Halle, Stadt	20,50-21,80	16,40-17,00	18,50-21,00	17,20-18,00	22,00-24,00
Saalkreis	21,20-22,70	16,40-17,00	18,50-21,00	17,20-18,00	22,00-24,00
Jerichow I.	22,40	16,70	—	18,00	—
Mansfeld	19,70	17,25	—	—	—
Mansfeld, Gebirg.	0,50-12,00	16,50-17,00	17,50-22,00	17,20-18,00	24,00-26,00
Merseburg, Stadt	17,00-21,50	16,20-17,00	18,50-21,00	17,00-18,00	25,00-26,00
„ Land	—	16,60	—	17,00	—
Naumburg	—	—	—	—	—
Nordhausen	—	—	—	—	—
Sangerhausen	19,40	—	20,00-20,50	—	—
Weissenfels, Stadt	20,60-21,20	16,50-16,80	17,00-19,00	16,50-17,00	—
Torgau	21,80	17,00	—	—	—
Wittenberg	—	16,40	—	—	—

Heu: **Halberstadt Stadt 6,00—7,00, Jerichow I —,—, Wittenberg 6,00 (Elbheu), Torgau 1,00, Halle Stadt 6,20—7,50 (Fuhrenpreis) Merseburg St. 6,00—6,50, do. Land —,—, Eckartsberga 5,80.**

Stroh: **Halberstadt Stadt 4,70—6,00 lang, 2,80—4,00 kurz, Jerichow I 3,00 lang, —,— kurz, Wittenberg —,— lang, —,— kurz, Torgau 3,60 lang, — kurz, Halle Stadt 5—5,50 lang, 3—3,50 kurz (Fuhrenpreis), Merseburg Stadt 4,00—5,00 lang, 2,00—2,20 kurz, do Land 4,00 lang, 2,20 kurz, Eckartsberga 4,50 lang, 3,00 kurz.**

Kartoffeln: **Halberstadt Stadt 6,00—10,00 Jerichow I 4,70, Wittenberg —,—, Torgau —, Halle Stadt 6,00—8,00, Merseburg Stadt 5,00—6,00, do. Land —,—, Eckartsberga 6,50 Mk.**

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 4. März. Am Frühmarkt notierten **Weizen inländ. 228—230, Roggen inl. 170—171,00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 164—169, mittel 179—183, russ. 177—179, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 171,00—174,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 156—166, gute 167—183, russische und Donau leichte 142 bis 145. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 185—190, kleine —,—. Weisenmehl 00 27,75—30,25. Roggenmehl 0 und 1 21,40—23,10. Weizenkleie 11,25—12,00. Roggenkleie 11,25—12,00. (Alles frei Bann).**

Magdeburg, 4. März. Für 1000 kg netto ab Station **Weizen steig., englischer gut 218—223, mittel —,—, Sommer gut 218—223, mittel — —, Kolben Sommer gut 232—237, mittel —,—, Bauh gut —,—, mittel —,—, ausländischer gut —,— mittel —,—.**

Roggen fest, inländischer gut 164—169, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste fest, hies. Cheval. gut 194—202, mittel —,—, Land. gut 187—192 mittel —,—, russ. Futter gut 141—143, mittel —,—.

Hafer fest, inländischer gut 173—179, mittel — —, ausländischer gut —,—, mittel —,—. Wand gut —, mittel —,—.

Mais fest, runder gut 170—173, mittel —,— — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—

Hamburg, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst, Mecklbg. 227—229. Roggen fest, Mecklburg. und Pomm. 169 172. Gerste stetig, südruss. 119—120. Hafer fest, Holst. 170—180, Mecklenburger 175—182. Mais fest, La Plata 125 127 mixed 125—127.

Pest, 4. März. Weizen behauptet, per April 18,66 Gd., 18,67 B., Roggen per April 10,50 Gd., 10,51 Br. Hafer per April 8,75 Gd., 8,76 Br. Mais per Mai 7,51 Gd., 7,52 Br.

Liverpool, 4. März. Roter Winterweizen per Mai 8,6½, per Juli 8,8½, Behpt. Mais, bunter, amerikanischer per Mai 5,6¾, per Juli 5,5. Fest.

Antwerpen, 4. März. Deutscher La Platazug, Kontrak B., per März 5,50. April 5,60, Mai 5,47½, Juni 5,47½, Juli 5,45 Fr. Behpt. Umsatz 140,000 kg.

Zucker.

Hamburg, 4. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	20,50	20,35	20,25 Mk.
„ April	20,60	20,60	20,60 „
„ Mai	20,70	20,75	20,75 „
„ August	21,00	21,05	21,05 „
„ Oktober	19,60	19,65	19,65 „
„ Dezember	19,50	19,55	19,55 „
	behauptet	stetig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 4. März. Good average Santos

	vorm	nachm.	abends
per März	34¾ Gd.	34¾ Gd.	34¾ Gd.
„ Mai	34½ Gd.	34½ Gd.	34½ Gd.
„ September	32½ Gd.	32½ Gd.	32½ Gd.
„ Dezember	31¾ Gd.	31¾ Gd.	31¾ Gd.
	still	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 4. März. Kaffee-Zufuhren 9 000 Sack in Rio 20,000 Sack in Santos.

Spiritus.

Nordhausen, 4. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 60,50—61,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 67,50—68,50 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Eier.

Berlin, 4. März. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ. —,— —,—, südrussische erste Sorte —,—, bessere poln., galiz., ungar. und ähnliche Sorten 4,40—4,45 geringe inländ., poln. und galizische Sorten 4,30 4,35 M., Kühlhauseier (oder Kiste —,—) Kalkeier — — zweite Sorten — kleine Eier 3,80—3,90 M. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 4. März. Kartoffelmehl und -Stärke 20,25—20,75. Feuchte Stärke 11,10.

Magdeburg, 4. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,00—20,50.

Fettwaren und Oele.

Köln, 4. März. Rüböl loko 60,50, per Mai 59,00.

Hamburg, 4. März. Stadtschmalz 60,50, amerik. Steam 50,50, Chamberlain 51,50. Fest.

Chemische Produkte.

Hamburg, 4. März. Chilisalpeter per März 9,25, April 9,25 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 4. März. Baumwolle still. Upl loko middl. 49,00 Pfg.

Liverpool, 4. März. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen., davon Import 8,000 Ballen, davon Amerikaner 3,000 Ballen. B-hpt.

Liverpool, 4. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 7,48.

Alexandria, 4. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 14,19, Juli 14,21, Nov. 14,23.

Metalle.

London, 4. März. Chili-Kupfer ruhig 57 11/16, 3 Mon. 57 15/16. Zinn Straits ruhig 130½, 3 Monat 131½. Blei span., ruhig 13¾, englisch 13¾. Zink, gewöhnliche Marke, träge 21 7/16, spez. Marke 22 1/16.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Sunden.

New York.	4.3	3.3	Chicago.	4.3.	3.3.
Weizen p. Mai	122	122½	Weizen p. Mai	118¼	118⅞
„ „ Juli	113¼	114⅛	„ „ Juli	105¼	106
Mais p. Mai	75⅞	74⅞	Mais p. Mai	68¼	67⅞
„ „ Juli	75	74¼	„ „ Juli	67¼	66¾
Mehl Spring clears	4,60	4,55	Hafer p. Mai	56¼	55¾
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,04	8,04	„ „ Juli	50⅞	50½
„ p. März	6,90	6,95	Roggen p. Mai	82	82
„ „ April	6,90	6,95	Schmalz „ Mai	9,97	10.02
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Juli	10,10	10,15
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig, Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über. — unter Null)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	3 Febr.	+3,48	4. März	+3,46	2	—
Nebra, Oberpegel	„	+1,92	„	+1,90	2	—
„ Unterpegel	„	+1,43	„	+1,20	3	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,38	„	+2,36	2	—
„ Unterpegel	„	+0,08	„	−0,16	24	—
Trotha	3.	+1,66	4.	+1,66	—	—
Alsleben, Oberpegel	3.	+2,45	4.	+2,34	11	—
„ Unterpegel	„	+1,14	„	+1,10	4	—
Bernburg	„	+0,73	„	+0,70	3	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,40	„	+1,42	—	2
do. Unterpegel	„	+0,36	„	+0,30	6	—

Iser.	März	Fall	Wuchs	Eger. Elbe. Moldau	März	Fall	Wuchs
Budweis	3. −0,15	—	5	Torgau	4. +0,11		8
Prag	„ —	—	—	Wittenberg	„ +0,95	4	—
Jungbunzl	„ −0,28	—	2	Hosslau	„ +0,39	4	—
Laun	„ −0,33	1	—	Barby	„ +0,64	6	—
Pardubitz	„ −0,58	—	26	Magdeburg	„ +0,60	14	—
Brandeis	„ +1,09	—	—	Pangermde.	„ +1,26	7	—
Melnik	„ −0,89	2	—	Wittenbrge.	„ +1,42	6	—
Leitmeritz	„ −0,60	—	—	Dömitz, Pegel	3. +1,87	28	—
Aussig	„ −0,81	—	—	Hohnstorf	4. +1,40	24	—
Dresden	„ −1,06	10	—	Lauenburg	„ +1,38	24	—

Aussig, 4. März. Von den oberen Plätzen werden 21 cm Fall gemeldet.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.

4. März 1909.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. März	Vorprämien. April	Rückprämien. März	Rückprämien. April
Lombarden	18⅞ −⅛	18¼ ⅞	16⅞ ⅛	16⅜ −⅞
Franzosen	144½ −1⅛	144⅞ −1⅝	142¼ −1¼	14 ½ −1¾
Baltimore	109½ −1⅝	109¾ 2¼	105⅞ −1⅝	105¼ −2¼
Canad. Pacific	170⅞ 1⅞	171⅞ −⅝	167¼ −1⅞	166⅝ −2½
Türken-Lose	14⅞ −1½	14⅞ 2¼	—	—
Darmstädt. B.	130⅞ ⅞	131⅞ 2¼	—	—
Disc. Comm.	185⅞ 1⅞	186⅞ −⅜	185⅜ −1⅝	184⅞ −2¼
Berl. Hdlsges.	173⅞ −1⅝	174½ 2½	170⅞ −1⅝	169⅞ −2¼
Dtsch. Bank	247¼ −1⅞	248¼ −2⅞	245¾ −1⅞	245¼ −2½
Dresdner Bk.	152¼ 1⅝	152¾ −2¼	148¼ −1⅝	148⅜ −2¼
Oesterr. Cred.	199½ −1⅝	200½ −2½	196 1¾	196½ 2½
Russenbank	141½ −1⅞	142¼ −⅝	—	—
Pyrmon. Trust	162½ 1⅞	163¼ −2¼	—	—
Hamb. Packet	111⅞ 1⅞	112½ −2⅞	108¼ −1⅞	107⅞ −2¼
Nordd. Lloyd	90¼ −1⅞	90⅞ −2½	86⅞ −1⅞	85⅞ −2½
Prince Henry	117½ −1⅞	118¼ −2½	113⅞ −1⅞	113¼ −2½
Gr. Berl. Strb.	—	186¼ −2½	—	181¼ −2½
3% Reichsanl.	87½ −⅝	87⅞ −⅝	—	—
Russen v 1902	85¼ −⅛	85½ −1⅛	—	—
Bochumer	219 −2½	220½ −3½	214 −2½	218½ −3½
Laura	192½ −2¾	192¾ −3¼	187¾ −2¾	187 3¾
Gelsenkirch.	185¼ 2⅝	186½ 3⅜	182¼ −2⅞	179¾ −3⅝
Harpener	187½ −2½	188½ −3½	182¼ −2½	181½ −3½
Phönix	167 2¼	168¼ 3¼	161¼ −2¼	160¾ −3¾
D.-Luxemb.	152¼ −3½	153¾ −4½	145¼ −3½	145¼ −4½
Deutsch. Ind.	—	—	—	—
A. E. G.	227¼ 2¼	228¾ −3	222¾ −2¼	222¼ −3

Vorprämien per Mai: Lombarden 18½ −1⅛, Baltimore 145¼ bis 1⅜, Canada 172⅝ 3¼, Türken —,—, Darmstädt. Bank —,— Bochumer 221¾ −4½, Laura 19¾ −4½, Gelsenkirchen 187⅛ −4½, Phönix 169½ −4½, Harpener 189½ −4½, A. E. G. 229½ 3⅛.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,

von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 4. März.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	2400	2475
Alexandershall	7000	7150	Immenrode	3050	3200
Beienrode	4750	5000	Johannshall	3350	3550
Burbach	11,400	11,750	Justus I	63½	68
Carlsfund	5800	—	Kaiseroda	6500	6800
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	76½	78
Desdemona	5300	5500	Ludwigshall	67	69
Dtsch. Kali-Akt.	97	98	Neustassfurt	9600	10,100
Deutschland	3000	3200	Reichskrone	—	—
Friedrichshall	88	91	(Lossa)	1000	1050
Gitchani	—	—	Roland	—	—
Sondershausen	15,750	16,400	Ronneberg (Akt.)	112	114
Günthershall	3900	4000	Rothenberg	1500	1550
Hann. Kal. Akt	—	—	Sachsen-Weimar	—	2600
Hansa	2850	2950	Schieferkaute	—	—
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Siegfried I	3100	3200
Heldburg	53	54	Sigmundshall	120	124
Heldrungen I	1150	1250	Teutonia-Akt.	155	157
Heldrungen II	1025	1050	Wilhelmshall	9500	9900
Hermann II	1785	1835	Wintershall	—	12,000
Hohenfels	5700	6000			
Hohensollern	—	3000			

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

Berliner Börse, 4. März 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lira, Lea, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 2⅝%.

Nachdruck —

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Deutsche Pfandbriefe

Renten-Briefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleihen

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandbr.

Obligat. industr. Gesellsch.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Wechselkurse

Geld. Silber. Banknoten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090305015/fragment/page=0006
DFG